

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Zeitungshändlern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Einzelnen Preis: die neunmal wöchentliche Hauptausgabe oder deren
Kauf 25 Pf., für Familienansprüche 20 Pf., für die Restausgabe (ausgeschlossen
an den beschriebenen Teil einer Ausgabe) 1,50 RM. Hauptausgabe nur
montags zum 8 Uhr an in der Expedition Dresden-W. 1. Güterbahnhofstr. 2.
Zusatzpreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (jährl. im Voraus), durch

die Post 2,50 RM (ohne Zuzuggebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich
Verlag auf Lieferung der Zeitung oder auf Berücksichtigung des Bezugspreises.
Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. 1. Güterbahnhofstr. 2.
Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 1728, Telefax: Dresden 15 000.

Bezugspreis für Ausland: Otto Gabel, Dresden; für Vorkauf mit Kassa
der Reichsbank, Weimar; Gewerkschaft, Gotha; Kable und Arbeiterforum;
Gerhard Straß, Dresden; für Kassel: Karl Bröcher, Berlin; für Heiligen-
stadt: Otto Wölke, Berlin; für Jena: Rich. Müller, Dresden;
für Trossitz: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-W.

7. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 29. Dezember 1931

Nummer 216

Ein bedeutungsvolles Geständnis des „Vorwärts“

„Hitler kann die Notverordnungen Brünnings restlos übernehmen!“

Selbstenttarnung der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik durch das Zentralorgan der SPD. Der „linke“ Sozial-
demokrat Düwelle preist faschistische Staatsdiktatur als Schutz vor dem revolutionären Klassenkampf

SPD-Arbeiter, brecht mit der Tolerierungspolitik!

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der Vorwärts, veröffentlicht einen Aufruf für die sogenannte „Eiserne
Front“, der wider Willen zu einem glatten Geständnis über die faschistische Rolle der Tolerierungspolitik wird.
In diesem Aufruf heißt es:

„Wir möchten jeden Eid darauf leisten, daß Herr Hitler, zur Macht gelangt, auch nicht eine der Brünningschen Notverord-
nungen aufheben würde. Er würde froh sein, sie „sartig geliebert“ zu bekommen, ohne mit ihrer Unpopularität belästigt
zu sein, und würde noch ein Duzend weitere Notverordnungen hinzufügen.“

Diese Erklärung stellt eine glatte Selbstenttarnung der Tolerierungspolitik durch das Zentralorgan der SPD dar.
Es ist es doch nicht mehr und nicht weniger, als daß Brüning in der Praxis denselben Kurs feuert wie Hitler. Dieses Blatt
gibt auch die verlogenen Argumente der faschistischen SPD-Führer, die die Unterstüßung des Schied-Brüning-Kurses als
„Rettung vor dem Faschismus“ proklamieren.

Damit ergänzt der Vorwärts die Behauptungen Nazi-Steiners, daß die Brünningschen Notverordnungen nichts anderes
als abgeänderte Programmpunkte der Nazi-Partei darstellen.

Jetzt wenden wir uns an euch, sozialdemokratische Arbeiter!
Ihr spürt tagtäglich am eigenen Leibe, was die Brünningspolitik
euch bringt. Ihr hört auch tagtäglich von euren Führern, daß
diese Politik ein „Schutzwall gegen Faschismus“ sei. Ihr
lest diese Lüge täglich in der Volkszeitung. Jetzt habt ihr ein
Geständnis des Zentralorgans der SPD. Mit diesem Geständnis
wird bestätigt, was die Kommunistische Partei als Auflage
erhebt gegen eure Führer, die euch und die gesamte
Arbeiterklasse ins Verderben führen: Die Tolerierungspolitik
bereitet der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland den
Weg. Ohne Tolerierungspolitik kein Faschismus, ohne Stüßung
des Brüningregimes kein Hitlerregime!

Sozialdemokratische Klassenossen! Nehmt in den Mit-
glieder-versammlungen eurer Partei und in den Gewerkschaften
Stellung zu dieser Selbstenttarnung der Wels, Freiheit und
Ged. Schreibt uns eure Meinung über die Tole-
rierungspolitik und ihre Auswirkung auf euch.
Sagt uns, ob ihr der Meinung seid, daß ein Unterschied bestehe
zwischen der Tolerierung im Reich und der des Herrn Schied
in Sachsen! Antwortet auf die faschistische Politik des Parteivor-
standes und seiner Lakaien durch die Herstellung der Ein-
heitsfront unten in den Betrieben und auf den
Stempelsteinen zum Kampf gegen den Faschismus in jeder
seiner Erscheinungsformen.

Rüffet zur Massenbeteiligung am roten Volksentscheid in
Sachsen, der Kampfanlage gegen den faschistischen Brüningkurs!

Nur durch die kämpfende proletarische Einheitsfront kann
und wird der Faschismus zu Boden gerungen!

Die Fragen, die diese Äußerung des Vorwärts gegen den
Willen und gegen die Absicht der SPD-Führer auslöst, sind in
der jetzigen Situation von entscheidender Bedeutung. Stellt doch
die These von der „Verbindung des Hitlerregime“ durch die
Etablierung der Brünningsdiktatur die einzige „Verteidigung“ der
Politik der SPD-Führer gegenüber der wachsenden Rebellion
der sozialdemokratischen Proletariat dar.

Mit dem sozialdemokratischen Geschrei über das Hitler-
regime hat man die Brünningsdiktatur und in Sachsen die Schied-
herrschaft in den Sattel gehoben und gehalten. Auf der anderen
Seite versuchen dieselben Führer das Zukunfts-
kommen einer kämpfenden Einheitsfront der
Arbeiter gegen den offenen blutigen Terror
des Faschismus zu sabotieren, die proletarische Ab-
wehr der faschistischen Offensive mit allen Mitteln zu verhindern.
Sie liefern auf der einen Seite dem nationalsozialistischen
Mittel des Faschismus billige Argumente zur Vernebelung der
Kleinbürgermassen, und liefern die Kraft der Arbeiterklasse im
Kampf gegen die faschistische Diktatur des Großkapitals, indem
sie die kämpfbereiten Arbeiter mit der Losung: „Staat
da zu!“ abzuklenken versuchen von dem Charakter des
kapitalistischen Staates, dem Unterdrückungsinstrument der herr-
schenden Klasse. Bei der Durchführung dieser erbärmlichen Auf-
gabe fanden und finden sich die ehemals „linken“ SPD-Führer
mit den offenen Vertretern der kapitalistischen Staatserhaltung.
Am selben Tage, an dem im Vorwärts das Geständnis der
prinzipiellen Übereinstimmung zwischen Hitlerprogramm und
Brüningkurs zu lesen ist, sagt es

Bernhard Düwelle im Sächsischen Volksblatt
die faschistischen Maßnahmen des Klassenstaates der Bourgeoisie
als ein „Stück Vorstufe“ zur „sozialistischen Umgestaltung“ der

Gesellschaftsordnung darzustellen. Wörtlich schreibt dieser „linke“
Kloppfechter der Tolerierungspolitik:

„Schon ist der kapitalistische Klassenstaat selbst zu Ein-
griffen in die Freiheit des Ausbeutertums gezwungen.“

Er verteidigt also die Brünningsdiktatur mit genau derselben
Anspruchnahme für sein „Parteiprogramm“ wie es Nazi-
Straßer im Freiheitskampf nach Erlaß der Notverordnung getan
hat. Bernhard Düwelle erklart dabei den Gipfel des
Verrats am Marxismus, indem er den SPD-Arbeitern gegen-
über sogar den kapitalistischen Staat als Schutz vor einer revo-
lutionären Umgestaltung des verfallenden kapitalistischen Sys-
tems anpreist. Nach der Feststellung, daß die Produktivkräfte
mit der gesellschaftlichen Ordnung in Widerspruch geraten sind,
erklärt er als Schlussfolgerung:

„... deshalb ergibt sich für den Staat selbst die Not-
wendigkeit, für Auswege zu sorgen, die der Wirtschaft neue

Entfaltung sichern, und die zerstörende Revolte
aller gegen alle hindern.“

Bernhard Düwelle proklamiert also die Diktatur des kapita-
listischen Staates gegen die proletarische Revolution, von der er
bezeichnenderweise mit den Worten des Bourgeois spricht:

„... Zerstörende Revolte aller gegen alle...“, so nennt dieser
Verräter am Marxismus, dieser Lakai der herrschenden Klasse
den revolutionären Klassenkampf! Und zu Hilfe ruft er den
kapitalistischen Staat und seine Organe, von dem Friedrich
Engels, der Mitbegründer des Marxismus, erklärt:

„Der Staat ist das Unterdrückungsinstrument der herr-
schenden Klasse... in der Monarchie nicht weniger als in
der Republik.“

Und keine andere Stellungnahme als die Düwells stellt der
Appell der Böckel, Edel und Diekmann dar, die im
sächsischen Landtag den Leitern der sächsischen Brüning-
Faktion attestierten, daß diese den „Kampf gegen den faschisti-
schen Terror“ zu führen bereit seien.

Jetzt können die ehrlichen, kampfgewillten SPD-Arbeiter
erkennen, wie recht die Kommunisten haben, wenn sie den Druck
mit diesen Führern als unbedingte Voraussetzung für einen Sieg
der proletarischen Einheitsfront über den Klassenfeind erklärten!

Deshalb müssen und werden sie dem Rufe der Kommu-
nistischen Partei folgen, die ehrlich und von seinem anderen
Gedanken als den der Verteidigung des wahren Marxismus
und der Interessen der Arbeiterklasse getragen, den Appell
zur roten Einheitsfront an sie richten zum gemeinsamen
Kampf gegen Faschismus, Not und Reaktion, gegen
Kapitaldiktatur und reformistischen Arbeitererrat, für
Arbeit, Lohn, Brot und Freiheit, für den Sieg des Sozialis-
mus über das verfaulende kapitalistische Regime und seine
faschistischen Lakaien!

Die Regierung verordnet:

Lohnabbau-Diktat muß in Kraft treten!

Berlin, 29. Dezember (Eig. Meldung)

Auslich wird mitgeteilt:

In der Öffentlichkeit sind Zweifel an dem zwingenden
Charakter der in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vor-
geschriebenen Lohn- und Gehaltskürzung aufgetaucht. Nach der
Verfassung der unabhängigen Stellen, die auch in der amtlichen
Verlautbarung zur Notverordnung zum Ausdruck gekommen ist,
kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die im engeren Zu-
sammenhang mit der Senkung des gesamten Preisstandes
stehende Herabsetzung der tariflichen Löhne und Gehälter ab
1. Januar 1932 kraft Gesetzes eintritt. Die Tarifvertragsparteien
haben lediglich das aus der Verordnung ersichtliche Ausmaß der
Kürzung in den einzelnen Tarifverträgen als dessen Bestim-
mung zu übernehmen, wobei sie im Rahmen der Vorschriften
der Verordnung Unebenheiten beseitigen können, die sich etwa
bei dem Eingreifen in den Tarifvertrag ergeben. Nur falls
ihnen das nicht gelingt, hat der Schlichter das Recht, Festsetzungen
gemäß den Vorschriften der Verordnung zu treffen.

Dieser Erlaß Brünnings vertritt alle von den Gewerkschaftsführern verbreiteten Märchen, daß ein Lohnabbau erst
nach Abschluß der Verhandlungen eintreten würde. Der Lohn-
abbau ist laut Notverordnung am 1. Januar 1932 befristet und
daran hält die Brüningregierung fest.

Was die Arbeiter dazu sagen, das steht allerdings auf einem
anderen Blatt.

KPD-Streik bringt 100% Lohnerhöhung

Dortmund, 29. Dezember (Eig. Drahtbericht). Der Streik
bei der großen Maschinenfabrik Schrap im Dortmunder Hafen
wurde unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition
regelmäßig beendet. Die Löhne der Arbeiterinnen und Ar-

beiter sind um durchschnittlich 100 Prozent erhöht worden. Des
weiteren wird die im Kampfprogramm geforderte Wohlfühl-
betriebsrat sofort ausgeschrieben. Maßregelungen finden
nicht statt.

Neuer Zettlarbeiterstreik in Wittweida

In der Weitzhale Spinnerei und Weberei, Abteilung
Graupner in Wittweida wurde folgender Zettel an die Stamm-
arbeiter verteilt:

„Da bisher die Verhandlungen über die Bezahlung der
Arbeit auf breiten Stühlen noch nicht zur Einigung geführt
haben, sehen wir uns gezwungen, Ihr Arbeitsverhältnis auf
Freitag, den 25. Dezember 1931, zu kündigen.“

Gleichzeitig bieten wir Ihnen ein neues Arbeitsverhält-
nis an auf Grundlage eines Abzuges von 22 Prozent vom
Zweihundert-Sch, wie er für die übrigen Dreihändler gilt.

Weitzhale Spinnerei und Weberei, Aktiengesellschaft.

Die Arbeiter nahmen in einer Abteilungsversammlung zu
diesem Lohnabbau Stellung. Nachdem Verhandlungen mit dem
Unternehmer scheiterten, wurde erneut in einer zweiten Ver-
sammlung Stellung genommen. In dieser wurde über den Streik
abgestimmt. Die Mehrheit dieser Weber erklärte sich für den
Streik. Daraufhin wurde sofort der Betrieb verlassen. Eine
Streikleitung aus zwei oppositionellen Kollegen und aus partei-
losen und sozialdemokratischen Arbeitern wurde gewählt. Der
Gewerkschaftsbonze Müller versuchte den Streik zu verhin-
dern, denn „es läme sonst nicht viel heraus“. Die Kollegen
gaben ihm, als er versuchte, mit Lügen über den Leipziger
Kommunistenstreik zu operieren, die gebührende Antwort. Der
Streik wurde also gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie
ausgelöst.

Trustkönige zittern vor der RGD!

Geheimbericht des Zechenverbandes über den Ruhrstreik im Oktober 1931

Die rote Fahne meldet:
Ein Geheimdokument von ganz außerordentlicher Bedeutung liegt auf unserem Redaktionstisch: der geheime Bericht des Zechenverbandes des Ruhrgebietes über den Oktoberstreik dieses Jahres. Nicht enggedruckte Seiten behandeln in gedrängter, summierender Sprache den Verlauf und die Lehren dieses Streiks, der von der RGD und dem roten Bergarbeiterverband gegen die vereinten Kräfte der Zechenbarone, Polizei, Gewerkschaftsbürokratie und Nazis geführt wurde.

Bekanntlich forderten damals die Unternehmer 12 Prozent Lohnabbau. Ein Dreimännerkollegium, darunter der Sozialdemokrat Dr. Bergmann, stellte einen Schiedsspruch mit 7 Prozent Lohnabbau, der durch besondere Ermächtigung für verbindlich erklärt wurde. Daraufhin setzte der Streik ein, und die Regierung sah sich gezwungen, durch Erhebung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung aus Reichsmitteln, den Lohnabbau auf 3,75 Prozent zu reduzieren.

In diesem Geheimdokument wird offen und klar gesagt: der einzige Feind, den es mit allen raffinierten Mitteln zu bekämpfen gilt, ist die RGD. Die Reformisten, die Nazis und die Polizei werden als Hilfsmittel für die Bekämpfung der von der RGD geführten Front des proletarischen Widerstandes angesehen.

RGD als Streikführung

„Die Streikleitung lag fast ausschließlich in den Händen der RGD“ — erzählt der Geheimbericht — „beziehungswise des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands, soweit nicht kommunizistische Betriebsratsvorstände die Leitung übernahmen, wie z. B. auf Raddob, wo sich sogar der ganze Betriebsrat, einschließlich der gewerkschaftlichen Mitglieder als Streikführer konstituierte...“

Reichsbannerarbeiter stehen Streikposten

Aber die RGD und der rote Bergarbeiterverband fanden die Unterstützung großer Massen von Bergarbeitern, die in den reformistischen und christlichen Bergarbeiterverbänden organisiert sind. So erzählt der Bericht über die Zechen de Wendel und Raddob: „Ein besonderes Kapitel beim Streik auf de Wendel und Raddob bildete das Reichsbanner, Ortsgruppe Herrlingen. Die Ortsgruppe wird geführt von einem SPD-Mitglied, Schirmer, der als Belegschaftsmitglied von de Wendel ein tüchtiger Arbeiter sein soll. Das Reichsbanner hat unter seiner Führung auf de Wendel Streikposten gestellt und auch den Versuch gemacht, den auf Raddob erscheinenden Streik durch eine Volksversammlung neu anzufachen... Auf de Wendel haben freie und christliche Gewerkschaftler in der Belegschaftsversammlung für den Streik geredet. Der Führer der Christen im Betriebsrat hat sogar selber mitgestreikt. Nur einzelne freie Gewerkschaftler haben sich in der Belegschaftsversammlung und in der Raue gegen den Streik ausgesprochen.“

„Das schlappe Benehmen der Gewerkschaftsmitglieder“

Der Bericht klagt über das „schlappe“ Benehmen der Gewerkschaftsmitglieder: „Auch auf Raddob haben sich die Gewerkschaftsmitglieder schlapp benommen und — wie sie sagten — sich der Mehrheit fügen müssen, was einzelne nicht gehindert hat, sogar noch für den Streik zu reden. Die Führer beider Gewerkschaftsrichtungen, nach Mitteilung der Zechen, „sind ganz vernünftige Leute“, haben selber mitgestreikt und sind erst durch energieloses Zureden des Werksdirektors veranlaßt worden, einen Versuch zu machen, ihre Gewerkschaftsgenossen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, allerdings zunächst ohne Erfolg.“

An einer anderen Stelle erzählt der Bericht, daß Bergarbeiter, die in den christlichen und reformistischen Bergarbeiterverbänden organisiert sind, an dem Streik teilgenommen haben und daß der Polizeikommissar sich deshalb anfangs sogar auf den Standpunkt stellte, daß der Streik „gesetzlich“ sei. Der Bericht fügt hinzu: „Man sieht hierbei, zu welchen Konsequenzen die Schlappheit der Gewerkschaftsmitglieder führen kann.“

Hört ihr, Kollegen in den freien Gewerkschaften, die Zechenbarone, das freche Ausbeutergesindel, die rechnen auf euch, Klammern, daß ihr die schändliche Streikbrüchigkeit leidet! Sie stellen das sogar als selbstverständlich dar, sie belagern sich über eure „Schlappheit“! So weit haben es die Führer der freien Gewerkschaften gebracht.

Kleingewerbetreibende unterstützen Streikende

Der Streik löste die Sympathien des werktätigen Mittelstandes aus. Die Kleingewerbetreibenden gaben den Streikenden kostenlose Naturalunterstützung. Das geschieht natürlich dem Zechenverband nicht. Im Bericht heißt es:

„Schließlich ist bei dem Verhalten Außenstehender noch das Verhalten des kleingewerblichen Mittelstandes zu erwähnen. Meldungen liegen nur von de Wendel vor. Danach haben 28 Geschäfte den Streikenden Naturalunterstützung zugesagt.“

Nazis und Gelbe standen zum Zechenverband

Wollt ihr Spricht sich natürlich der Bericht über die Nazis und über die Gelben aus: „Nationalsozialisten und Mitglieder des Bundes „Deutscher Arbeiter“ haben sich mit verschwindend geringen Ausnahmen an dem wilden Streik nicht beteiligt.“

„Die Zechen waren mit der Polizei zufrieden“

Der Bericht ist auch mit der preussischen Polizei des Sozialdemokraten Severing zufrieden: „Im allgemeinen waren die Zechen mit der Art des Vorgehens zufrieden, Raddob soll der Polizei sogar ausgesprochenes Lob. Nach Mitteilungen von Herrn Andre hat sich der örtliche Polizeikommissar ausgezeichnet und energisch benommen, auch die Landjäger sollen gut gewesen sein... Von der Schußwaffe hat die Polizei diesmal, soweit bekannt, nur auf Raddob Gebrauch machen müssen... Im übrigen scheint der Gummiknüppel genügt zu haben, von dem auf de Wendel auch gegen die Reichsbannerstreikposten ausgiebig Gebrauch gemacht worden sein soll.“

Bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Zechen

Für die Zukunft zieht der Geheimbericht verschiedene Lehren aus dem Oktoberstreik. Eine dieser Lehren ist: Betriebsweise Niederkämpfung des Streiks. Wird ein Streik auf einer Zechen abgebrochen, so würde das auf die Stimmung in den anderen streikenden Zechen. Auch wird bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Betriebe empfohlen. Im Bericht heißt es:

„Für künftige Streikfälle ist besonders auf schnelle Verbindung mit der Polizei Wert zu legen. Bei einseitig liegenden Zechen, denen bei einem schwerwiegenden Streik unter Umständen die Telefonverbindungen abgeschnitten werden könnten, sollte man vielfach sogar an die Einrichtung einer Funknotverbindung denken.“

Die Lehren des Geheimberichts für die Arbeiter

Jeder Klassenbewußte Arbeiter wird aus diesem Geheimbericht lernen, Schamrotte muß jedem Gewerkschaftsmitglied ins Gesicht steigen, wenn er liest, wie weit die Gewerkschaftsführer die Organisationen gebracht haben. Die Unternehmer rechnen auf diese Organisationen, wie auf die Polizei und die Werksektionen.

gen. Die gesamte Arbeiterschaft wird aus diesem Dokument lernen, wie die Widerstandfront organisiert, wie die Arbeiterschaft gegen Lohnabbau mobilisiert.

Die Arbeiterschaft muß sehen, daß es nur zwei Fronten gibt: die Front der Ausbeuter und ihrer Lakaien auf der einen Seite und die Front der Arbeiterschaft mit der RGD und SPD an der Spitze auf der anderen Seite. Unter der Führung der RGD und der SPD muß die Arbeiterschaft in allen Betrieben die Einheitsfront zum Kampf gegen alle Vorköße der Unternehmer und die mit ihnen in einer Front stehende Gewerkschaftsbürokratie herstellen.

Berschärfter Zollkrieg

Die Antwort der imperialistischen Staaten auf das Lohnabbau-Dumping

In den letzten Tagen hat die französische Regierung für eine große Anzahl deutscher Einfuhrwaren ein Einfuhrverbot erlassen. Ein diplomatischer Protest der deutschen Regierung blieb wirkungslos.

Die polnische Regierung beabsichtigt, neue Einfuhrverbote zu verhängen und für eine große Anzahl deutscher Einfuhrwaren die Zollsätze zu erhöhen.

In Holland ist am 26. Dezember ein neues Gesetz in Kraft getreten, das die Regierung zur Kontingentierung der Einfuhr ermächtigt. Ebenfalls werden durch Gesetz ab 1. Januar die Einfuhrzölle von acht auf zehn Prozent erhöht.

In Litauen ist am 23. Dezember eine neue Erhöhung der Zölle für eine ganze Reihe von Einfuhrartikeln in Kraft gesetzt worden. Die Zollerhöhungen betragen durchschnittlich 100 bis 200 Prozent, für einzelne Waren sogar bis zu 1000 Prozent.

Der Zoll- und Handelskrieg verschärft sich täglich. Der ungeheuer große Lohnabbau in Deutschland hat die Bourgeoisie der übrigen kapitalistischen Länder zu verschärften Maßnahmen gegen deutsche Waren veranlaßt. So ruft eine Maßnahme der kapitalistischen Konkurrenten Gegenmaßnahmen der anderen hervor mit dem Resultat, daß sich der Zollkrieg ungeheuer verschärft, die Gefahr neuer imperialistischer Kriege sich steigert und das Elend der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern immer größer wird. Denn auf dem Rücken der Arbeiter wird ja der wahnsinnige Zoll- und Handelskrieg ausgetragen. Man kann heute schon voraussehen, daß unter Berufung auf die Zollerhöhungen in Italien, Frankreich, Polen usw. die deutschen Kapitalisten in Kürze einen neuen Lohnabbau fordern werden.

Jeder denkende Arbeiter sieht, daß die Unterfütterung einer solchen Politik in grauenvollem Elend führt. Die SPD-Führer, die jetzt selbst den Ruf nach Kohlenzöllen erheben, unterstützen

Protestaktion gegen Lohnabbau

„Internationale“ erhält in Solinger Grobtrieb

Solingen, 28. Dezember (Eig. Drahtbericht). Nachdem in der Solinger Industrie bereits am 1. Dezember ein Sprengentwurf durchgeföhrt wurde, sollen die Löhne laut Arbeiterordnung eine nochmalige 10prozentige Kürzung erfahren. Ein Solinger Betrieb Kieselring & Albrecht von der Direktion angehängt worden. Daraufhin setzten alle Arbeiter die Maschinen ausstill. Sie erklärten, nicht eher weiterzuarbeiten, bis der Anschlag juristisch angenommen werde.

Als die Direktion nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung, wieder an die Arbeit zu gehen, 122 Arbeiter mehrheitlich antwortete die gesamte Belegschaft mit dem kühnen mehrheitlichen „Internationale“. Nachdem auch die Drohung mit der Polizei ihre Wirkung verfehlt hatte, erklärte die Firma laut vor jeder Abend, daß der Anschlag betreffe Lohnabbau zurückgenommen sei.

Bemerkenswert ist, daß während der Aktion sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter einheitlich zusammenstanden.

Blumenarbeiter sollen verhungern

Durch den Fachauschuss für die künftige Kunstblumenindustrie wurden mit Gültigkeit vom 1. Januar die Spitzengelöhner in Gruppe A auf 34 Pfennig, in Gruppe B auf 28 Pfennig und in Gruppe C auf 22 Pfennig herabgesetzt. Bei den Pfenniggehältern, d. h. Akkordlöhnen, beträgt der Abbau 12,5 Prozent.

Die Angestelltengehälter in der Berliner Metallindustrie wurden auf Grund der Rotberordnung um 15 Prozent abgebaut. Der Schlichter lehnte eine Verringerung des Kurzarbeitsabkommens ab.

Es tracht an allen Ecken und Enden!

Konkurse im November in Sachsen

Im Monat November sind 220 (im Vormonat 217) Anträge auf Konkursöffnung gestellt worden. Von diesen entfielen 87 auf die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 139 Anträgen ist stattgegeben worden, während 81 (im Vormonat 91) mangels Masse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen betrafen 124 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen und Einzelfirmen, 28 Gesellschaften (darunter 11 ohne Handelsgesellschaften und 16 Gesellschaften m. b. H.), 13 natürliche Personen, 51 Nachlässe und 4 andere Gemeinschaften, entfielen auf die Industrie, 66 auf den Warenhandel (davon 14 Großhandel), 2 auf Banken und 32 auf sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.).

Neben den Konkursen sind 89 (im Vormonat 74) gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Davon betrafen 61 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen und Einzelfirmen, 2 Gesellschaften m. b. H., 2 natürliche Personen und 2 andere Gemeinschaften. 37 entfielen auf die Industrie, 42 auf den Warenhandel (davon 24 Großhandel), 4 auf Banken und 4 auf sonstige Gewerbe.

SA-Banditen überfallen SPD-Arbeiter

Berlin, 20. Dezember (Eig. Meldung)

In dem Arbeiterlokal „Fürstendamm“ in Berlin-Siemensstadt gerieten 4 sozialdemokratische Arbeiter in der Montagnacht in eine politische Diskussion mit einem Nazi. Der Nazi entfernte sich und kam in wenigen Minuten mit 10 SA-Banditen zurück. Sie fielen auf die anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter her. Einer von ihnen erhielt eine 3-4 Zentimeter lange Kopfwunde. Darauf verließen die Banditen das Lokal. Die Polizei stellte sie fest. Der Hauptangezeigter ist der Nazi-Betriebsrat Kirsch von dem Siemens-Rohrwerk.

SPD-Arbeiter, zieht aus diesen organisierten Überfällen der Nazis die notwendige Konsequenz! Vereinigt euch mit den parteilosen und kommunistischen Arbeitern zur Abwehr gegen den Faschismus!

2000 Sprengkapseln bei Faschisten beschlagnahmt

In Schwerin wurden von der Polizei bei dem Kaufmann Lange 2000 Sprengkapseln gefunden, die zum Abtransport bereitstanden. Als Besitzer des Munitionsdepots wird ein Ingenieur Pühow aus Landsberg a. d. Warthe bezeichnet, der geflüchtet ist. Es handelt sich wiederum um eines der faschistischen Waffenlager, die zur Vorbereitung des Bürgerkrieges eingerichtet wurden.

Verbot nur für Arbeiterorganisationen

Hamburg, 20. Dezember (Eig. Meldung)

Am Sonntag marschierten 28 Nazis mit Abzeichen in Mählstedt trotz Verbots auf. Sie wurden verhaftet und dem Schnellrichter zugeführt. Da die Staatsanwaltschaft aber erklärte, daß sie keine Anklage erheben werde, wurden alle Nazis auf freien Fuß gesetzt. Daß es sich bei diesem Aufmarsch nicht um einen „Ausflug“ handelte, ist aus dem Hamburger Nazi-Organ ersichtlich, das von „einer neuen Blamage des Systems“ spricht.

Während durch die neue Rotberordnung der Brüningregierung alle Sportvereine, auch die Organisationen der Kriegerveteranen und Krüppel als politische Organisationen erklärt wurden, hat man mit dem Ruffhauerbund, dieser schwarzweißen

Paradeorganisation, eine Ausnahme gemacht. Diese reaktionäre Arbeitervereinsorganisation wurde für unpolitisch erklärt!

Den Kommentar dazu kann sich jeder Arbeiter trotz Rotberordnung selber machen!

Eindreher im Blauener Parteibüro

In der Nacht vom Freitag zum Samstag haben sich Eindreher unter erschwerten Umständen Eingang in die Räume des Parteibüros verschafft. Nachdem sie die Außenwände erklettert hatten, brüchten sie ein Dachfenster ein und durchsuchten das mehrere Zimmer. Alle Schriftstücke, die das Interesse der Partei betreffen, wurden mitgenommen, wodurch der politische Charakter des Einbruchs erwiesen ist. Die Täter verschafften nach dem Einbruch die Türen mit angefertigten Nachschlüsseln.

Wahrscheinlich stoben die Eindreher mit den Bronskateuren unter einer Decke, die um die gleiche Zeit vor dem Hause des übergebende Passanten anpöbelten. Vermutlich haben die Schmiere gestanden und durch diese Plankleien die Zutrittskontrolle des Publikums von den Tätern abgelenkt.

Kommunistischer Bürgermeister verteidigt Einführung der Bürgersteuer

Darmstadt, 29. Dezember. Der Gemeinderat von Oberfelden (Hessen) hatte die Zustimmung zur Einführung der Bürgersteuer abgelehnt. Daraufhin wurde diese mit einem 800prozentigen Zuschlag durch das Kreisamt auf dem Verordnungswege eingeführt.

Der neu gewählte kommunistische Bürgermeister Zwilling verweigerte jedoch seine Unterschrift für die Steuerbescheinigung. Der Gemeinderat hat einstimmig seine Forderung gebilligt.

1.025.000 Wohlfahrtsvermerkslose

Berlin, 29. Dezember (Eig. Meldung)

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, betrug die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen in Preußen am 30. November 1.025.000 Menschen. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vormonat um 79.177. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen um 472.800 Menschen gestiegen.

Diese Zahlen sprechen eine laute Sprache des Hungers und des Kampfes.

Italien in der Krise

Sinkende Produktion — Steigende Arbeitslosigkeit — Geburtensturz — Mussolinis Versuch zur „Beruhigung“ des Volkes

Die faschistischen Zeitungen sind zur Zeit voll mit Artikeln über den Tod Arnaldo Mussolinis. Dieser Bruder des „Duce“ war seit 1922 Redakteur des „Popolo d'Italia“, der Zeitung, mit der Mussolini seine Renegatenlaufbahn begann. Arnaldo Mussolini ist am Herzschlag gestorben. Am 21. Dezember wurde in Mailand mit großem Lärm und mit der — Ernennung eines neuen Provinz- und Stadtdirektoriums für die Lombardei und Mailand der Empfang des eben neuernannten Parteigeneralsekretärs A. Starace gefeiert. Bei dem Besuch Staraces in der Redaktion des „Popolo d'Italia“ hatte A. Mussolini den Neuernannten mit den Worten begrüßt: „Ich bin stolz, daß auch unsere höchsten Würdenträger das Bedürfnis fühlen, in Abständen die Grundtendenzen unseres ursprünglichen Glaubens aufzusuchen...“ mit Worten also, die nicht ohne ironischen Beigeschmack sind. Während Starace am nächsten Tage unterwegs war, um nach Mailand auch in Turin die faschistische Partei auf die neuen Befehle Mussolinis umzustellen, erlag A. Mussolini dem Schlag. So gehört sein Tod zweifellos in den Zusammenhang der Umwälzungen im Partei- und Regierungsapparat, die gegenwärtig in Italien vor sich gehen.

Der neue Parteisekretär hat in seiner Mailänder Rede einen der Gründe darzulegen lassen, weshalb Mussolini die neue Wendung „zum Volk“ angeordnet hat: die Ständeororganisationen, die sogenannten Korporationen, in denen die Kritik gewisser bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise zum Ausdruck kommt, haben zu große Selbständigkeit bekommen, die Verbindung mit ihnen wird dem Parteisekretariat direkt übertragen, „um den Einfluß der Partei auf dem Gebiet der Gemerkschaften und Korporationen zu vergrößern“. Zu gleicher Zeit soll sich die Partei „dem Volke verständlich machen“.

Wie nötig es die Faschisten haben, sich um die Stimmung des Volkes Sorge zu machen, zeigen die neuesten Veröffentlichungen über den Stand der Wirtschaft.

Der November hat ein weiteres rapides Sinken der Produktion von Elektrizität und von Baumaterialien und Kunststoffe gebracht und zeigt ein weiteres hartes Einströmen des ganzen Einzelhandels, verbunden mit einem weiteren starken Rückgang der auf dem Weltmarkt verarbeiteten Güter. Die Metall- und Kunstleimindustrie zeigen ein selbsterwartendes Verhalten gegenüber dem Vormonat, bleiben aber weit hinter dem Vorjahr zurück. Bezeichnend ist dabei übrigens, daß in derselben Zeit die Zahl der in den letzten Industrien beschäftigten Arbeiter zurückgeht. Ingegammelt ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den vom Korporationsministerium kontrollierten Betrieben im Oktober um 10 000 gesunken.

Die offizielle Zahl der Arbeitslosen wird Ende November mit 878 267 gegenüber 790 744 Ende Oktober und 634 866 Ende November 1930 angegeben. Also auch hier eine schnelle Verschlechterung.

Was aber besonders bezeichnend ist, ist das Verhalten der rückläufigen Bevölkerungsbewegung. Italien, das „Land der ungezählten Kinder“, tritt in den Ehe- und Geburtensturz. Die folgenden Zahlen sprechen eine deutliche Sprache:

	Nov. 1929	Nov. 1930	Okt. 1931	Nov. 1931
Eheheiraten	37 115	32 329	30 916	30 185
Lebendgeborene	87 315	90 043	85 705	80 885

Dah es sich dabei nicht um zufällige Schwankungen handelt, sondern um einen klaren Prozeß, zeigt die Gegenüberstellung der Zahlen für die ersten elf Monate dreier Jahre:

	Januar bis November 1929	1930	1931
Eheheiraten	262 750	274 835	246 278
Lebendgeborene	958 045	1 004 800	939 583

Man kann verstehen, daß unter diesen Umständen die Faschisten verzweifelte Anstrengungen machen, um das Volk, das so unter der Krise zu leiden hat, zum Schweigen zu bringen.

A. Kucella.

Molotow antwortet Kriegsprovokatoren

„Die Kautskys sind der Vortrupp der Intervention“ — Molotows Schlusswort auf dem ZEK. — Grinfow berichtet: Volkseinkommen der Sowjetunion verdoppelt

Moskau, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Gestern hielt Genosse Molotow auf der Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion das Schlusswort, in dem er unter langanhaltendem Beifall der Delegierten gegen die Pläne von antilowjetischen Verleumdungen Stellung nahm, die der grandiose sozialistische Aufbau ausgelöst hat. Unter Anführung eines Zitats aus Kautskys berühmtem Nachwort „Der Bolschewismus in der Endphase“ erklärte Molotow:

„Kautskys und seine Anhänger sind jetzt die Avantgarde der Konterrevolution, die Vorkämpfer der Intervention. Provokationen wie der Versuch der Organisation eines Attentats auf den japanischen Botschafter in Moskau bestätigen die Aktivität der sozialfeindlichen Kräfte. Diese Provokation bezweckt, möglichst rasch einen Krieg zu entfesseln und die Intervention zu beschleunigen. Diese Provokation werden wir mit der Erfüllung des Planes für 1932 und mit verstärkter Wachsamkeit beantworten, und unser Werk wird siegen.“

Nach Molotows Schlusswort nahm das Zentralkomitee der Sowjetunion einstimmig eine Ent-

scheidung an, die die Außen- und Innenpolitik der Sowjets billigt und die Kontrolljahren für 1932 bestätigt.



Genosse Molotow

Die Vertätigen der Sowjetunion betrachten die Erfüllung und Ueberholung des großen Plans für 1932 als Ehrenlohn, so erklärte Genosse Molotow in seiner Schlussrede. Die Zahlen, die vorher der Volkskommissar für die Finanzen, Genosse Grinfow, bebrachte, haben Molotows Ausführungen unterstrichen.

„Das Jahr 1931“, so erklärte Genosse Grinfow, „war trotz der Prophezelungen der Presse der kapitalistischen Länder über eine angeblich drohende Sowjetunion drohende Inflation oder gar einen Finanzsturz in Wirklichkeit ein Jahr des Umchwanges, der entscheidenden Befestigung der finanziellen Macht der Sowjetunion.“

Sie hat in einem Augenblick, wo die kapitalistischen Länder sich in verschärfter Finanzkrise befinden, den Finanzplan und Etat für 1931 nicht nur erfüllt, sondern sogar mehr als erfüllt. Das Volkseinkommen ist 1931 um 14 Prozent gewachsen, was kein einziges kapitalistisches Land selbst im besten Jahre seiner Entwicklung aufweisen konnte. Der Anteil der vergesellschafteten Wirtschaft am Volkseinkommen befreite sich dieses Jahr auf 81 Prozent.

Im Laufe der ersten vier Jahre des Fünfjahresplans hat sich das Volkseinkommen der Sowjetunion verdoppelt; es wird nächstes Jahr 49 Milliarden Rubel erreichen. Der Anteil der Arbeiterklasse am Volkseinkommen ist von 32 Prozent im Jahre 1928 auf 47 Prozent, der Anteil der Kollektivwirtschaften in derselben Zeit von 1 auf 30 Prozent gestiegen. Dagegen fiel der Anteil der Einzelwirtschaften von 44 auf 8 Prozent, und der Anteil der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land wird 1932 nur noch die verschwindende Größe von einigen Prozent ausmachen.“

Ueberwältigende Zahlen konnte Genosse Grinfow über den sozialistischen Kulturaufbau vorlegen. Zwanzig Millionen Kinder besuchten 1931 schon die Elementarschulen. 1932 werden es 25 Millionen sein. Ein Millionenheer von Studenten wird auf den Universitäten ausgebildet. 1932 wird die Zahl der Studenten zwei Millionen und die der Besucher der Fachschulen 1,7 Millionen erreichen.

Nach amtlichen Meldungen sind die Führer der Roten Bewegung, Khat Shafir Khan und 188 Mitglieder verhaftet und von englischen Behörden aus der Nordwestprovinz abtransportiert worden.

Leningrad rüstet zum Umbau

Leningrad, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Leningrader Parteiorganisation und die verschiedenen Sowjetorganisationen und -institutionen treffen jetzt großartige Vorbereitungen für den grandiosen Plan des Umbaus der Stadt Leningrad zu einer sozialistischen Weltstadt. In erster Linie wird das Grundübel aller Großstädte der Sowjetunion, die Wohnungsnot, die infolge des ungeheuer raschen Wachstums der Industriekräfte entstanden ist (Leningrad z. B. ist in den letzten Jahren um mehrere Hunderttausend pro Jahr gewachsen) aufs Korn genommen. Im Jahre 1932 werden in Leningrad an Neubauwohnungen allein 1 200 000 Quadratmeter erbaut. 120 Millionen Rubel gibt die Sowjetregierung für diesen Zweck aus. Das Präsidium des Leningrader Sowjets hat jetzt das Bauprogramm, nach einzelnen Bezirken gegliedert, fertiggestellt. Am härtesten wird die Bauaktivität in den dichtbevölkerten Fabriksbezirken des Zentrums und des Wälbörger Kanons einsehen. In diesen Kanons werden über 180 000 Quadratmeter neue Arbeiterwohnungen fertiggestellt.

Straßenkämpfe in Indien

Die Rotenbewegung wächst

London, 28. Dezember. Die englische Regierung hat für die indische Nordwestprovinz drei neue „Notstandsverordnungen“ erlassen, die schrankenlosste Willkür gegen das rebellierende indische Volk gesetzlich sanktionieren und unter anderem Strafbefugnisse mit Todesstrafe vorsehen. Die für illegal erklärt, aber trotzdem die ganze Provinz erfassende Rotenbewegung organisierte den Widerstand gegen die brutalen Verordnungen und es kam zu großen Straßenkämpfen, in die englische Militär mit Maschinengewehren eingriff. Nach bisherigen Angaben sollen 5 Tote getötet worden sein.

Gefangenenaufstand in Indochina

Paris, 28. Dezember. Wie dem „Temps“ berichtet wird, kam es in der Nacht zum 22. Dezember in der tonkinischen Hafenstadt Haiphong zu einem Aufstand der Strafgefangenen, die nach einer Strafkolonie abtransportiert werden sollten. Vier Gefangene wurden getötet und vier Soldaten verletzt.

In Coora in Portugal sind 66 Personen wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ verhaftet worden.

A-SCHARRER Der große Befruß

Copyright by Adr-Verlag, Berlin-Wilm.

18. Fortsetzung.
Ein Meer von Fahnen folgte den Sängen Erichs und seiner toten Genossen. Ein Berg von Blumen und Kränzen türmte sich über ihren Gräbern. Jede Arbeiterpartei hatte einen Redner bestimmt.
Auch die schneidende Stimme Thorns schallte über die frischen Gräber:
„Wir senken die Fahnen, die roten Fahnen vor den Kämpfern für die Freiheit. — Wir geloben, das Werk zu Ende zu führen, für das unsere toten Helden starben.
Sie werden uns stets ein weithin leuchtendes Beispiel sein. Sie haben der Reaktion bedenkenlos die Stirn geboten, zum Triumph zu verhelfen, das soll unsere Sache sein — — —!“
Als Albert mit seiner Frau und seinen Kindern das Grab seines Sohnes verlassen hatte und mit ihnen dem Ausgang des Friedhofs zugeht, begegneten sie Kronenberg. Er war in Frack und Zylinder und unterhielt sich mit einigen anderen, ebenfalls festlich gekleideten Herren. Als er Albert kommen sah, drehte er sich um und sprach, mit dem Gesicht nach der anderen Seite gerichtet, eifrig weiter.
Sie pligerten in die Parade zurück. Albert perlte die alte Bettstelle Helmes. Mutter machte Feuer. Als die Abendzeitungen mit dem Bericht von der großartigen Beerdigung der Kämpfer gegen die Kapp-Butschisten erschienen, haben sie beim Essen. Sie lasen die Reden der Parteien, besahen sich den in Bildern festgehaltenen Aufmarsch, lasen von dem selbstlosen Idealismus der Kämpfer für die Demokratie oder für die Revolution, je nach der Richtung der Zeitungen. Aber in allen Zeitungen waren die Taten als leuchtendes Vorbild gepriesen, gegenüber den Helden des Schicksals, die ebenfalls reiche Beute gemacht hatten. Geflünderte Säge, geflünderte Lagerhäuser, geflünderte Lebensmittel-

geschäfte. Eine Front gepflandeter Eisenbahnwagen waren in ihrer ganzen abschreckenden Natürlichkeit sichtlich festgehalten. Zwei Fländerer, durch Schnapshenker getötet, lagen am Zaun der Wäuden.
„Für diese Elemente“, hieß es, „ist eine Kugel noch zu haben. Der Strich, und einer neben dem anderen auf einem öffentlichen Anger: das allein kann dem Rechtsgefühl des Volkes Geltung verschaffen.“
Albert legte die Zeitungen schweigend hinter den Spiegel. Auch Margot verstand diese unvollständige Beurteilung von moralischen Vorzügen und Verbrechen nicht. Wer von ihnen gehörte nun zu den Verbrechern, wer zu den Helden? Hätten sie Erich dabei ertrappt, wie er einige Tage zuvor mit anderen Jugendgenossen Kartoffeln aus einer Miete holte, wäre er in die andere Hühner eingereicht worden. Hätten sie Albert und Hilde erschossen, wären sie der marxistischen Entrüstung latter Spiegel wider gewesen. Und wäre es nach dem Willen Alberts gegangen, wären die kampfbereiten Arbeiter von der Versammlung, in der Thorm so mit seiner Verantwortung um sich warf, nach Köpenick marschieren und hätten sich den Butschisten entgegen geworfen. Ob sie nun Verbrecher oder Helden waren, darüber entschied wieder einmal das Spiel des Zufalls.
Albert absolvierte weiter seine Schichten und grub das Flecken Erde um, das jeder Parade als Garten zugeteilt war. Margot schlief mit der Bettwäse Erichs die zerfallene Bettwäse der anderen, zitternente keine wenigen Demden, um andere auszuwecken, oder nähete sie mit Resten von Hilde oder Herberts zu „neuen“ zusammen. Der Sieg über die Reaktion wirkte sich in steigenden Preisen aller unentbehrlichen Nahrungsmittel aus. „Lebe zulage“ Albert und Hilde, die zögernd der Teuerung Folge, war kaum ein Ausgleich für die laufende Woche. Die Zeitungen, die von den Kämpfen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland berichteten und zur Solidarität aufriefen, predigten niedergeworfenen, misstrauischen Menschen. Albert warf jede Schicht das ihm vorgeschriebene Besam Arbeit von der Maschine, weil er mußte. Die Bergarbeiter begruben ihre Toten, um Ueberlebenden zu verhelfen — weil sie mußten.
Ob Margot in den letzten Jahren infolge ihrer körperlichen Schwäche unruhig geblieben war oder aus Angst, wußte sie nicht. Proletariat, die einige Zeit den Folgen der Bewegung mit ihrem Mann entgegen, und immer gewillt, die für sie günstigsten Gründe anzunehmen: das Alter. Je älter sie damit

Wird haben, desto sicherer erscheint ihnen diese Annahme, desto mehr sind sie geneigt, für Minuten ihr elendes Dasein zu verzeihen. Und um so sicherer werden sie die Opfer ihrer Wünsche.

Margot erschraf. Noch einmal ein Kind, um es, wie Lotthens, verhungern zu lassen?

Aber sie erschauerte auch, wenn sie wieder daran dachte, sich mit dem „Stift“ zu helfen. Denn nur der „Stift“ würde der ihr. Sie konnte die Bäder heiß nehmen, daß sie sich den Leib vertribe; sie hatte nie damit Erfolg. Frau Haberlein von Barade 4 gab ihr eine Adresse. Ein Heilgehilfe, kantlich geprüft, in der Kronprinzenstraße. „Und gar nicht so teuer“, erzählte Frau Haberlein. „Zwanzig Mark höchstens! Sie bekommen Tropfen, erst leichtere, wenn die nicht helfen, stärkere. Aber der kriegt das weg. Sie können sich darauf verlassen.“
Frau Haberlein begleitete Margot und sprach mit dem Heilgehilfen. Margot erhielt zwei verschiedene Sorten Tropfen, abwechselnd zu nehmen, acht Tage lang. „Wenn bis dahin keine Wirkung eintritt“, sagte der krausföpfige, lang aufgehobene Heilgehilfe, „dann kommen Sie wieder. Sie brauchen gar keine Angst zu haben.“

Margot nahm pünktlich die Tropfen, trotz des fast unüberwindlichen Efels. Sie kam nach einer Woche wieder, äußerte Bedenken, daß die Tropfen bei ihr doch nicht helfen, aber der Heilgehilfe zerstreute ihre Bedenken. Er hatte schon Fälle geholt, erzählte er, wo die Frauen schon allen Mut verloren hätten. Fälle von fünf Monaten! Bei ihr wären es doch noch keine drei, gerade der günstigste Zeitpunkt. Margot zahlte noch einmal zehn Mark für die andere Sorte Tropfen.

Sie wurde noch blässer und nach dem Genuß der Tropfen so schwindlig, daß sie sich nicht auf den Füßen halten konnte. Sie konnte nicht mehr schlafen, teils infolge ständigen Erbrechens, teils aus Angst, daß die Tropfen doch nicht helfen. Sie nahm verzweifelt die letzten Tropfen der härteren Sorte, — vergebens.

Der Heilgehilfe hatte noch härtere Tropfen, aber Margot mehrte ab. Sie könne sie nicht mehr hinunterbringen, gestand sie zerknirsch.

„Ja, Hebe Frau, was wollen wir denn machen?“ Margot sah zusammengesackt auf dem Sofa. Sie spürte ein Zittern in den Füßen und Händen. Die Verzweiflung preßte ihr den Entschluß ab, kurzen Prozeß zu machen. „Können Sie mir nicht anders helfen, Herr Wädnerr?“ logte sie tonlos.

(Fortsetzung folgt.)

„Die kapitalistische Wirtschaft bricht zusammen“

Wertfällige, zieht daraus die Konsequenzen! Stärkt die KPD und lest die kommunistische Presse!

(Arbeiterkorrespondenz 1937)

Am Donnerstag, dem 17. Dezember, versammelten sich die Birnauer Stadtverordneten zu ihrer letzten Sitzung in diesem Jahre. Zunächst wurden einige Ratschreiben verlesen. Eins hiervon befaßte sich mit den neu eingereichten Anträgen der Erwerbslosen. Dieselben sind vom Rat abgelehnt worden, da keine Mittel zur Verfügung ständen. Die übliche Weile! — Geradezu verblüffend ist es, daß auch die freie Ketzerei mit der gleichen Begründung abgelehnt wurde. Dabei steht fest, daß sich die Birnauer Ketzerei bereit erklärt hat, die Behandlung der Fürsorgeempfänger zu den gleichen Bedingungen zu übernehmen wie der jetzige Fürsorgeamt Dr. Hergt. Eine neue Belastung für den Stadtschatz liegt also nicht vor. Trotzdem erfolgte Ablehnung, um den Erwerbslosen auch nicht diesen kleinen berechtigten Wunsch zu erfüllen. Dr. Hergt besitzt nicht das Vertrauen der Fürsorgeempfänger, und wir verstehen es nicht, weshalb trotzdem an dieser einen Person festgehalten wird. In einem weiteren Schreiben teilt der Stadtrat mit, daß das in der letzten Sitzung von den Stadtverordneten zum großen Teil angenommene Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD mangels Mittel nicht zur Ausführung komme. Wegen der Entlassung städtischer Arbeiter habe die KPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, welcher ebenfalls wegen Geldmangels abgelehnt worden ist. Der Antrag der Erwerbslosen, in der Weihnachtswoche keinerlei Abzüge von den täglichen Unterstützungen vorzunehmen, wird ebenfalls abgelehnt.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Infolge Raummangels ist es uns nicht möglich, im einzelnen auf die ganze Sitzung einzugehen. Wir müssen uns daher darauf beschränken, die wesentlichen Punkte herauszugreifen. Die „nationalen“ Arbeitsgemeinschaft hatte einen Antrag eingebracht, betreffend Herabsetzung der Zahl der Stadtverordneten und zwar von ursprünglich geplant, die Zahl derselben auf 25 herabzusetzen. Im Verfassungsausschuß ist dann festgestellt worden, die Zahl auf 31 herabzusetzen. Dies wurde von unserer Fraktion abgelehnt, da durch eine Verminderung dem Volkswillen nicht genügend Rechnung getragen wird. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag aber gegen 8 Stimmen angenommen.

Die vermehrten Ausgaben für verschiedene Positionen des Haushaltsplanes (Fürsorgeamt) werden genehmigt. Bei dieser Gelegenheit beleuchtet Herrmann (KPD) kurz das jetzige System und führt u. a. für Polzeiausgaben immer wieder Geld vorhanden ist, dagegen nicht für die Rotleidenden und Erwerbslosen.

Bei der Beratung des Baus der Fürsorgeeinrichtungen läßt Frau Seifert (SPD) eine längere Rede vom Stapel und versucht zu beweisen, daß sich die SPD voll und ganz für die Erwerbslosen einsetzt. Herrmann (KPD) wehrt hierauf gründlich mit der SPD ab und zeigt auf, wie die SPD-Führer immer und immer wieder praktisch an der Verschlechterung der Lebenshaltung des weitaus größten Teils der Bevölkerung teilgenommen haben. Die SPD mimt nur Opposition, um ihre immer mehr schwindende Anhängerzahl frampfhalt zu halten. Seifert (SPD): „Was von der KPD gesagt wird, interessiert uns nicht! Wir sind die Partei, welche die ganzen Wohlfahrtsanstalten geschaffen hat!“ Die Quittung hierfür erhält Frau Seifert von der Tribüne, welche in ein schallendes Hochgeschrei ausbricht.

Eine recht lebhafte Debatte löste der letzte Tagesordnungspunkt aus: Erwerbslosenwohnung. Es ist geplant, an der Döbels 20 Doppelhäuser als Erwerbslosenwohnung zu bauen. Die Wohnungen sollen bestehen aus einer Küche, einem Schlafraum, einem kleinen Vorraum und einer kleinen Stallung. Angelegt ist jeder Bau mit 3000 Mark. Hierzu sollen vom Staat zur Verfügung gestellt werden 2500 Mark und 500 Mark sind für die Selbsthilfe des Siedlers in Ansatz gebracht. Jede Baustelle soll 600 Quadratmeter groß sein, und der Pächter soll die Möglichkeit gegeben werden, 1000 Quadratmeter Land zuzupachten. Die Belastung für den Pächter beträgt in den ersten drei Jahren pro Jahr 195 Mark, in den folgenden 7 Jahren jährlich 245 Mark. Außerdem muß aber berücksichtigt werden, was der Pächter noch in seine Siedlung zu verbessernd, zum Anbau des Landes usw. hineinzubringen hat. Die Siedlung kann aber auch käuflich erworben werden und kostet alsdann 1 Quadratmeter 1,50 Mark. Der Rat hatte hierzu bereits Stellung genommen und beschloßen, die Siedlung zu bauen, falls der Staat die volle Garantie für etwaige Ausfälle übernehme. Rietich (SPD) äußerte zwar Bedenken, erklärte aber dann, daß sie der Ratsvorlage zustimmen würden. Schöne (KPD) nimmt grundsätzlich Stellung zu diesen Siedlungen und schilt vor allem das politische Moment heraus und zieht zu diesem Zweck das Merkblatt für die Erwerbslosenwohnungen heran. Hier heißt es z. B.: „Die Siedlerstellen müssen in großem Maße die Befähigung des Lebensunterhalts für die Familie der Erwerbslosen und ihre Angehörigen erleichtern. So daß in absehbarer Zeit die öffentlichen Fürsorgeanstalten gänzlich werden können.“ Weiter heißt es: „Es ist besonders darauf zu achten, daß die einzelnen Siedlungsbevorzugten von geeigneten Führerpersönlichkeiten geleitet werden. Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitswilligen für Arbeiten dieser Art zusammenfassen, sind vorzugsweise zu berücksichtigen.“ Die KPD lehnt diese Art von Siedlungen ab, da die Belastung für die Siedler viel zu hoch ist, und da diese Siedlungen keinen Fortschritt, sondern Rückschritt bedeuten. Die Siedler haben z. B. keinen Anspruch auf Licht- und Wasseranlage, eine hygienische Aborteanlage kommt ebenfalls nicht in Frage. Die Siedler haben keinen Anspruch, die Anlage von Straßen usw. Wegen zu verlangten usw. Die Bürgerlichen setzen sich sehr für das Siedlungsprogramm ein. Ob diese Herrschaften ein Geschäft wittern? Interessant waren hierbei die Ausführungen von Professor Feinrich. Er führte u. a. aus, daß die jetzige Krise eine strukturelle

sei, daß die jetzige Wirtschaft zusammenbrechen müsse und eine umwälzende Veränderung der ganzen Verhältnisse unausweichlich sei! Sind dem Herrn Professor diese Bemerkungen vielleicht ungewollt entflüht? Anscheinend, denn in seinem nächsten Satz erklärte er sofort, daß für uns natürlich das sozialistische Wirtschaftssystem Rußlands nicht in Frage käme. Er bezeichnete das Siedlungsproblem als eine Affektion zur Rettung unseres Volkes und setzt sich besonders ein für die zu leistende Arbeitspflicht der Siedler mit der Begründung, daß hierdurch die Siedler ideell mit ihrem Bestimmt verbunden würden. Eine sehr nette bürgerliche Phrasie. Fühlen sich die besseren Herrschaften mit ihren Villen und Prachtwohnungen vielleicht ideell weniger verbunden? Wenn ja, möchten wir diesen Herren empfehlen, doch einmal zur Kasse zu greifen und sich auch ein ideales Heim zu schaffen. Zu den Befürwortungen, daß die Pächter einmal ihre Pacht nicht bezahlen könnten, erklärte Stadtschauspieler Rietich ähnlich wie folgt: „Wir haben ja die Leute in der Hand und können, wenn kein Pacht gezahlt wird, denselben von der Fürsorge abholen!“ Das war einmal ein offenes Wort und enthält mit einem Satz brutal, was hinter dem ganzen Problem steht. Ehrlich (KPD) erteilte dann den verschiedenen Rednern die Antwort und zeigte den grandiosen sozialistischen Aufbau Rußlands auf und erklärte, daß die KPD darauf hin arbeite, auf gleicher Grundlage auch die Existenz der Arbeiter in Deutschland auszubauen. Nach Schluß der Debatte wurde die Ratsvorlage gegen 8 Stimmen angenommen. Hierauf folgte die nichtöffentliche Sitzung.

Nach einer uns zugegangenen Nachricht sollen auf 1000 Einwohner in Birna 400 Unterstützungsempfänger. Eine durchgreifende Veränderung ist aber trotz aller Ratsverordnungen nicht zu erwarten, sondern kann nur eintreten, wenn wir den Sozialismus als Grundlage unseres Wirtschaftssystems erkämpfen. Deshalb, Arbeiter und Erwerbslose, verstärkt unsere Reihen, kämpft mit uns für Arbeit, Brot und Freiheit!

Jugendfeier des VpF

Alle Klassenbewußten Eltern schicken ihre Kinder nicht in den Jugendheimunterricht der SPD und der weltlichen Schule, sondern in den Jugendheimunterricht, welchen der VpF gemeinsam mit den revolutionären Massenorganisationen durchführt.

Beginn am 4. Januar 1932. Anmeldung bei den Funktionären der Massenorganisationen und des VpF.

Polizei im Zschachwiker Rathaus

(Arbeiterkorrespondenz 1935)

Anläßlich der letzten Sitzung der Gemeindeverordneten erlaubte man sich eine unerschämte Provokation gegenüber dem Teile der Einwohnerschaft, welcher an der Sitzung als Zuhörer teilnehmen wollte. Neben der Ortschaft war vornehmlich aus dem Bezirk Gendarmerie zur Verstärkung herangezogen worden. Der Bürgermeister Hille sowie der bei der Gemeinde angestellte Oberleutnant und Verordnetervorsteher Lehner, beides Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, müssen verantwortlich gemacht werden für diesen Polizeieinsatz. Das sind also die Mittel und Methoden der „Arzte am Kapitalismus“, um ihn die einzig und allein noch retten können: Medizin, Rot und Glend, zu verschaffen.

Was gab dazu den Anlaß?

Der Hunger- und Glendwinter 1931 hat seinen Einzug gehalten. Zur Sorge um das tägliche Brot besetzte sich der Rotlauf nach Kohle und warmer Kleidung, mit den paar Bettelplättchen der Hungerunterstützung ist das nicht zu befreien. Der bürgerliche Staat aber ist unfähig, Abhilfe zu schaffen. Seine Aufgabe ist es, darüber zu wachen, damit das parasitäre kapitalistische System nicht angetastet, andererseits dafür zu sorgen, daß die wachsende Not und das Glend nicht allzuvernehmlich demonstriert wird. Trotzdem drängen immer geschlossener und energischer auch die Zschachwiker Erwerbslosen gegenüber der Gemeindeverwaltung auf die Erfüllung ihrer Winterhilfsforderungen. Schon vor etwa drei Wochen befaßte sich eine Gemeindeverordnetenversammlung mit dieser Angelegenheit in der Turnhalle der Schule „An der Aue“, in Anwesenheit von 5 bis 600 Einwohnern. Die Mehrheit des Kollegiums, SPD- und die bürgerlichen Fraktionen, redeten lang und breit an der Sache vorbei, verlusteten sich den Anlaß des Verlebens der Notlage der Erwerbslosen zu geben, um mit „Leider“ und „auch wir bebauern“, neben ein paar zu nichts verpflichtenden Forderungen an die Aufsichtsbehörde zu schließen. Der SPD-Bürgermeister feinerseits übte sich in fantasievollem Reden um die schlechte Finanzlage der Gemeinde darzutun (als Unterlage dient ihm selbstverständlich der Brüning-Haushaltsplan), um so zu beweisen, daß es unmöglich sei, diese Forderungen zu erfüllen. Auch er betont, genau wie die bürgerlichen und SPD-Redner, zum sozialistischen Waise sein Mitgefühl und Aufverständnis, sie alle spielen des weiteren die Rollen oder Entwürfen und wollen von politischer Mitverantwortlichkeit für den politischen Kurs der Schuld und Brüning in Land und Reich nichts wissen. Zwischen dieser, für sie heißes Eisen, Argumente geklemmt, verhängen sie sich hinter der Phrase von der „positiven Arbeit“ und können und

Antweisung der VZ Sachsen

An alle unteren Parteileitenden!

Die VZ hat beschlossen, die Woche vom 22. Dezember bis 3. Januar als Säuberungswoche anzusehen. In dieser Woche soll in allen Zellen und Ortsgruppen mit allem überholten Material ausgeräumt werden.

Unverkauft Material (erledigte Sammelhefte, alte Beitragsmarken und Sondermarken usw.) wird zurückgeschickt.

Zur Durchführung dieser Säuberungskampagne unterziehen sich die verantwortlichen Genossen jeder Zeitung gegenständig. Besonders notwendig ist, daß die Redaktionen mit dem Redakteur gemeinsam das Kassennmaterial überprüfen und ordnen.

Genossen! Führt diesen Beschluß schnell und sorgfältig im Interesse der Partei und zur Erleichterung der Parteiarbeit durch.

Zweierlei Maß

(Arbeiterkorrespondenz 1922)

Stadt Wehlen. Die Ortsgruppe der VZ hatte für den 20. Dezember einen Theaterabend mit Werbemuzug angesetzt. Dieser wurde ihr verboten. Das ist schon die zweite Sammelung in kurzer Zeit, die uns von der Amishauptmannschaft verboten wird. Dafür erfreuen sich aber die Nazis in Wehlen, wenn sie konnten zu gleicher Zeit in Wehlen einen Konzertabend, angeblich für Wohltätigkeitszwecke, abhalten. Der VZ wurde lediglich eine Veranstaltung in geschlossener Gesellschaft erlaubt. So sieht die unparteiliche Handhabung der Konzertordnung aus. Die Arbeiter werden sich ihren Kommentar selbst machen können.

Ausschlüsse aus dem KPD

Wegen Unterstellungen wurden folgende Genossen aus dem KPD ausgeschlossen:

- Kurt Fischer, Dresden
- R. Kohler, Dresden
- Gerhard Kühnel, Dresden

Wegen organisationschädigenden Verhaltens und Unterstellungen wurde der Genosse Hans Truchsmann, Dresden, ausgeschlossen.

Bezirksleitung des KPD Sachsen.

wollen nicht erkennen und zugeben, die ihnen seitens des kapitalistischen Staates zugewiesene Rolle, als Gemeinde vorberstete Stellung zu sein an der kapitalistischen Front im Klassenkampf gegen die Wertfälligen, zu deren Ausbeutung, Niederhaltung und Knechtung. Doch

Rot kennt kein Gebot

Das war noch immer so in der Geschichte der Menschheit und von Lebensarten ist noch keiner satt geworden. Die Erwerbslosen richteten einen Appell an die Einwohnerschaft und riefen zu einer Einwohnerversammlung auf, mit dem Erlaß, daß diese Versammlung erfüllt war und brachten somit erneut den andauernden Willen zum Ausdruck, von ihren Forderungen nicht abzulassen. Die Versammlung verlangte erneut Stellungnahme des Verordnetenkollegiums sowie des Gemeinderates. Ebenso erklärte sie, die nächste Sitzung des Gemeinderates mit Massenlauf zu beehren, trotz des winzigen Zuständnisses, an einen Teil der ganz Bedürftigen, Kohle in unzureichendem Maße zu liefern. Am Freitag, dem 18. Dezember, fand nun diese Sitzung in einem Zimmer der Schule „An der Aue“ statt. Das Zimmer ist bei solcher Anteilnahme der Einwohnerschaft viel zu klein. Einem Antrag, wieder die Turnhalle zu benützen, wurde nicht stattgegeben, da nach Meinung des SPD-Vorstehers die vorhergegangene Turnhallensitzung beschämend verliefen sei. Dazu ist zu sagen: außer einem Entrüstungssturm über die Ablehnung, einen Vertreter der Erwerbslosen sprechen zu lassen, und einiger sonstiger Entrüstungsausschreitungen der verschiedenen Fraktionen einzelner Verordneter sowie des Bürgermeisters hat sich nichts ereignet was beschämend zu nennen wäre, außer der offenkundig immer standalderer werdenden Einstellung und dem Verhalten vor allem der SPD-Fraktion. Ein solch verräterisches Benehmen gegenüber der proletarischen Bewegung wie an der gesamten Sache des Sozialismus, daß ist uns, sowie bei jedem ehrlichen Klassenbewußten Proleten ein beschämendes und peinliches Gefühl aus, vor allem im Bewein einer so zahlreich erschienenen Einwohnerschaft. Also mußte man für diesmal vorbeugen und wie nicht anders zu erwarten war, ist auch der sozialdemokratischen Ortsregierung Weisheit letzter Schluß, der Gummitkneppel.

(Severings „härtere Waffen“ zur Überwindung dieses Hungerwinters.) Alle Erschienenen, welche keinen Platz mehr fanden, und sich auch nicht gleich damit abfinden wollten, daß man ihnen keine Gelegenheit gab, ihre gewählten Wortsprüche (oberer) treter bei ihrem Tun zu beobachten, wurden daraufhin auch richtiggehend nach Hause gekniffelt. So steht die Rettung der Demokratie aus. So sehen sie aus, diese Vertreter der angeblich völkerverbindenden Sozialdemokratie. So etwas nennt man dann das „kleinere Uebel“, welches man in Kauf nehmen müsse, um angeblich Schlimmeres zu verhindern.

Wir Kommunisten werden weiter in aller Schärfe klar und eindeutig der Arbeiterklasse sagen, daß es unbedingt notwendig ist um den Sozialismus zu verwirklichen, und bei der Eroberung der proletarischen Mehrheit für dieses Ziel, wir den Hauptstoß richten müssen gegen die Sozialdemokratie auf deren heute noch entscheidende proletarische Massenbasis sich die Diktatur der Bourgeoisie in ausschlaggebendem Maße stützt. Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Sozialismus schlagen, das heißt, gegen die mit schändlichen Methoden ausgeschütete Diktatur der Bourgeoisie erfolgreich kämpfen.

Letzteres sei in besonderen den hiesigen Brandstiftungen ins Stammbuch geschrieben, welche gerade bei der Behandlung der Gemeindepolitik über das Niveau eines persönlich geführten Kampfes gegenüber der Person des Bürgermeisters nicht hinauskommen können, einige auch gar nicht darüber hinaus wollen. Jedenfalls verweisen sie durch ihr Verhalten die Schärfe der Fragestellung und betätigen sich somit nur zum Schaden der Arbeiterklasse.

Volksbegehren-Sammlung

Bisher wurden quittiert:			
	Mark: 11 272,78	Thyau i. V.	0,85
Wittenfels	8,50	Obercrinitz	10,00
Chemnitz-St.	40,00	Litzersdorf	19,40
Reuth/Raußy	37,00	Rainigswalde	30,00
Rittwelda	18,80	Weißbach b. Zschopau	4,50
Grumbach (S.-E.)	4,80	Dresden I	50,00
Döbeln	15,00	Schleiersgrün	7,04
Rerchau	13,80	Reichenbach i. V.	90,00
Dorf i. B.	10,70	Reichenbach i. V.	31,81
Forchheim	48,22	Leipzig 0	11,55
Zöblitz	61,50	Leipzig 6	50,00
Klassenbach	20,00	Leipzig 7	3,10
Reichenberg b. Dresden	8,50	Machern	13,50
Krnsefeld	10,00	Thelma	75,00
Kauzungen	12,00	Chemnitz-St.	
Städt.	8,20		

Mark: 11 064,02

Meißner Jungarbeiter erhält 1 Jahr Zuchthaus

Der Kronzeuge des Staatsanwalts ein des Meineids Verdächtiger

In dem dunklen Saal des gemeinsamen Schöffengerichts am Mühlener Platz ist der Zuschauerraum dicht besetzt. Auf der Anklagebank sitzt ein schmächtiger, blasser Meißner Proletarierjungling von 22 Jahren. Seit Anfang November bereits ist er in Unterjuchungshaft. Die Anklage lautet auf Verleitung zum Meineid und Falschbeweis. Es handelt sich hier um Nachklänge wegen des am 28. Oktober gegen Meißner Arbeiter stattgefundenen Prozesses. In diesem Prozeß waren Meißner Arbeiter wegen einer Prügelei mit den Nazis angeklagt. Als Belastungszeuge trat der Freischütze und Kraftwagenführer Glöckner auf. Mit ihm sollte der Angeklagte Lehmann über den Prozeß gesprochen und ihn dabei angeblich zu falschen Aussagen zu überreden versucht haben. Auf Grund seiner Aussagen wurden damals die Meißner Arbeiter zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt.

In der Verhandlung gegen den Jungarbeiter Lehmann nahm der Verteidiger Genosse Rechtsanwalt Dr. Rolf Helm den Kronzeugen des Staatsanwalts, Glöckner, in ein scharfes Kreuzverhör. Dabei stellte sich die beschuldende Tatsache heraus, daß Glöckner in dem am 28. Oktober stattgefundenen Prozeß gegen die Meißner Arbeiter in drei Punkten vor Gericht bewußt falsche Aussagen beschworen hat. So sehen die Kronzeugen des Staatsanwalts gegen ehrliche, Klassenbewußte Arbeiter aus! Auf Grund dieser Tatsache stellte Rechtsanwalt Dr. Helm den Antrag auf Strafverfolgung und Auslegung des Verfahrens. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht die Ablehnung dieser Anträge und dokumentierte damit, daß es dem offensichtlichen Lügner, der selbst vor dem Gericht die Unwahrheit beschworen, die Glaubwürdigkeit nicht absprach. Als zweiter Zeuge wurde in dem Prozeß ein Junger Arbeiter namens Schwarzherz vernommen,

Er sollte angeblich — nach Glöckner — bei dem Gespräch, das Lehmann mit Glöckner führte, dazugekommen sein. Schwarzherz aber, der nach seinen eigenen Worten sich um politische Dinge bisher wenig gekümmert hat, erklärte einbeutlich und kategorisch, an dem betreffenden Tage weder mit Lehmann noch mit Glöckner zusammengewesen zu sein. Trotz dieser klaren, unmissverständlichen Aussagen wurde der bisher unbestrafte Lehmann zu der fürchterlichen Strafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Kein anderer Beweis, als die Aussage des Glöckner, von dem selbst das Gericht und die Staatsanwaltschaft zugeben mußten, daß seine beschworenen Aussagen nicht mit der Wahrheit übereinstimmen, wurde als Grundlage für das Urteil genommen. Glöckner, der eine Mischung von Agentenproleten, Spitzel und personifizierter Feigheit darstellt, konnte nicht nur ungestrast einen Meineid leisten, sondern einen unbescholtenen, ehrlichen Arbeiter ins Zuchthaus bringen. Dieses Urteil löste im Zuschauerraum höchste Erregung und Empörung aus. Die Tatsache, daß das Gericht bei der Mindeststrafe blieb, in Verbindung mit der Urteilsbegründung, zeigt dem Eingeweihten, daß das Gericht in der Beurteilung durchaus nicht einig war. Trotzdem hat man es fertig gebracht, das Leben eines Menschen durch dieses Urteil zu zerstören.

Die Klassenbewußte revolutionäre Arbeiterklasse erhebt gegen solche Terrorurteile scharfen Protest. Sie weiß sich einzig mit all den vielen tausenden angeklagten, verurteilten und eingekerkerten Arbeitern. So fürchterlich grausam auch dieses Urteil ist, es wird den freien Massen der Bevölkerung um so schneller und eindringlicher die wirkliche Rolle der Justiz vor Augen führen.

AGD-Betriebsvormarsch nicht aufzuhalten!

Schlotternde Angst der Gewerkschaftsbürokraten vor Betriebsrätewahlen. Unsere Antwort: Verklärte Arbeit in den Betrieben und an der inke gewerkschaftlichen Front! Kein Betrieb ohne Betriebsgruppe der AGD!

In unserer Ausgabe vom 21. Dezember brachten wir das Verbot der Betriebsrätewahlen für 1932 auf Grund der Notverordnung. Die Gründe für dieses Verbot wurden damals bereits angeführt. Es handelte sich besonders darum, den für einen Vormarsch der AGD in den Betrieben aufzuhalten und für einige Zeit zu verschleiern. Ein besonderes Interesse an diesem Verbot hat die sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie. Deswegen hatte der Frankfurter ADGB-Kongress einstimmig den Antrag angenommen, daß der Bundesvorstand im Einverständnis mit dem Abband dahin zu wirken habe, die im Betriebsrätegesetz verankerte einjährige Amtsdauer für Betriebsräte auf 2 Jahre zu verlängern.

Diese Tatsache, daß das Verbot der Betriebsrätewahlen im Einverständnis und auf Verlangen der Gewerkschaftsbürokratie erfolgte, wird durch eine Meldung des „Berliner Tageblatts“ vom 22. d. M. bestätigt, in der es heißt:

„Die Forderung zur Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte auf 2 Jahre ging von den Bergarbeiterverbänden (1) aus, die bei den letzten Betriebsrätewahlen im laufenden Jahr durch die Radikalisierung erhebliche Verluste erlitten hatten. Wahrscheinlich hat sich die Regierung zu dieser Maßnahme aus denselben Gründen entschlossen. Sie glaubt damit die politische Unruhe, die sich gewöhnlich in der meißten drei bis vier Wochen dauernden Wahlvorbereitungszeit in den Betrieben bemerkbar macht und gerade jetzt eine gefährliche Form anzunehmen droht, unterdrücken zu können. So ist aber zu befürchten, daß der Ausfall der Wahlen neue Schwierigkeiten in der Art, wie sie von den Gewerkschaftsbürokraten in den letzten Berichten beklagt werden, herbeiführt und daß damit eher eine Mißstimmung in den Betrieben erzeugt, als die politische Unruhe beseitigt wird.“

Hier wird den Gewerkschaftsbürokraten durch ein bürgerliches Blatt ihre schlotternde Angst vor der Abrechnung der Betriebsproleten und vor dem sprunghaften Anwachsen der AGD auf den Kopf zugelegt.

Wem haben die reformistischen und christlichen Betriebsräte im Laufe der Jahre seit Verkündung des Betriebsrätegesetzes gebietet?

Sie haben in der überwiegenden Mehrzahl die Interessenpolitik der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Arbeiter in den Betrieben durchgeföhrt. Allen Unternehmerwünschen wurde vorbehaltlos ausgetimmt. Jeder Lohnabbau, jede Massenentlassung, jede Betriebsbeschränkung, jede Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich wurde von den reformistischen und christlichen Betriebsräten verteidigt und gegen die Arbeiterschaft durchgeföhrt. Dieck ihre Politik führte die zu der Organisierung der Streikbrecherarbeit, zur Beihilgung revolutionärer Arbeiter und zu den gemeinsten Denunziationen. So wurden z. B. die toten Betriebsräte der Dresdener Straßenbahn anlässlich des Straßenbahnerkampfes im Herbst dieses Jahres von Reformisten und Christen denunziert und verhaftet. Diese Verräter- und Kollaboranten reformistischer Betriebsräte, die vielfach als Mitglieder des Aufsichtsrats in den Unternehmen sitzen, führte zur Deckung der hohen Direktorengelöhler, ja sogar von Korruptionen und Schleichungen. Wir kommen in den letzten Tagen über eine Aufsichtsratsführung der Aktiengesellschaft Sächsischer Werke berichten, wo an die Generaldirektoren Gehälter von über 200 000 Mark gezahlt werden. Daß dies jahrelang unter Aufsicht der Reformisten und Christen geschah und noch geschieht,

daran ändert auch das Scheinmandat der 3 SPD-Aufsichtsräte der AGW nichts, die, weil die Regierung Auskunft über die Höhe der Direktorengelöhler verweigerte, aus dieser Aufsichtsratsführung abtraten. Trotz des Gehalts der SPD-Presse in Sachen über die 200 000-Mark-Gehälter stellen wir fest, daß die Sozialdemokratie, als sie noch Einbild in das Geschäftsgeschehen der AGW hatte, diese Direktorengelöhler mit selbigeleg und für ihre Aufrechterhaltung geloggt hat. So haben sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und ihre Betriebsräte die Arbeiterschaft verraten und den Wünschen des Unternehmertums Rechnung getragen.

Gegenüber dieser Art von „Interessenvertretung“ durch Reformisten und Christen steht die AGD, die in hundertten Betrieben mit einem Schlags die Mehrheit der Belegschaften durch ihre konsequente Klassenpolitik hinter sich brachte und von Tag zu Tag mehr in bisher christliche und reformistische Hochburgen einbricht. Nur durch sie werden rückwärts die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Geld und seinen Völkern verteidigt. Zahlreiche hegreiche Kämpfe unter Führung der AGD liegen den Kampfeswillen der Arbeiterklasse neu aufleben. Allein in 2 Monaten (September, Oktober) wurden über 50 betriebliche Kämpfe erfolgreich durchgeföhrt.

Berlin, Hagen, Königsberg, Mansfeld und Leipzig waren Signale für die Arbeiterschaft.

Die AGD zeigt den Betriebsarbeitern, wie der Kampf zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen zu führen ist. In jedem Betrieb müssen vorbereitende Kommissariate auf der Grundlage breiter Einheitsfront gewählt werden. Ueberall müssen betriebliche Forderungen im betrieblichen Kampfprogramm zusammengelaggt und vor der gesamten Belegschaft zur Diskussion gestellt werden. Die Herstellung der einheitsfronten

Kampffront ist die wichtigste Voraussetzung für die Gegenoffensive des Proletariats gegen alle Unternehmerränge.

Vor den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern stehen die Ortsverwaltungswahlen. Größer denn je ist ihre Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft. Mit aller Schärfe muß den Gewerkschaftsmitgliedern aufgezeigt werden, daß die Verbandsbürokratie nicht daran denkt, Kämpfe um die Verteidigung der Arbeiterinteressen zu führen. Genau wie die SPD ist die reaktionäre Bürokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bei der Durchführung der Notverordnungspolitik gegen die Arbeiterschaft. Hier, an der innergewerkschaftlichen Front vorzutreten, ist unsere nächste Aufgabe. Aufstellung eigener Kandidaten und eigener Listen der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder ist die Lösung. Die Einheitsfront zwischen gewerkschaftlich organisierten und Unorganisierten muß durch das Kampfbündnis mit der AGD hergestellt werden.

Die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften muß verjodnet werden. Keine Ortsverwaltung, und sei sie noch so klein, darf ohne zielbewußt arbeitende Fraktion sein. Nur so werden wir imstande sein, die Arbeiterschaft zu entscheidenden Kämpfen zu führen und den noch bestehenden Masseninfluß der Gewerkschaftsverbände durch unsere Aufklärungsarbeit vernichten.

Die Werbung für die AGD muß verklärte werden durch Ausnutzung aller Werbemöglichkeiten. Kein Betrieb ohne Betriebsgruppe der AGD. Klar und deutlich muß den Arbeitern der revolutionäre Ausweg aufgezeigt werden. Je offener wir auftreten, desto schneller wird die AGD das Vertrauen der Massen erwerben.

Heran an die Arbeit! Macht die Betriebe zu revolutionären Zentren! Gewinnt Hunderttausende neuer Mitglieder für die AGD! Verklärte die innergewerkschaftliche Front!

Belegschaften gegen Notverordnung

Betrieb Krause & Baumann, Heldenau, für rote Einheitsfront aller Arbeiter

Eine in der vergangenen Woche stattgefundene Belegschaftsversammlung der Firma Krause & Baumann, AG, Heldenau, nahm Stellung zur Notverordnung vom 8. Dezember. Die Belegschaft bezieht die Notverordnung in Verbindung mit dem Lohnabbau und der Unfallversicherungssteigerung als einen brutalen Angriff auf die an sich schon weit unter dem Existenzminimum liegende Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Arbeiter fordern Kürzung der hohen Beamtengehälter und legen der Regierung Brüning-Schied härtesten Kampf an durch Masseneintritt in die AGD.

Rote Einheit im Stahlwert Sendels

Unter der Solinger Metallarbeiterchaft ist die Erregung über den neuen Lohnabbau besonders groß, da die Gewerkschaftsbürokratie im Verein mit den Unternehmern bereits vor einigen Wochen einen schätzprozentigen Lohnabbau gegen die Kollektiv- und Einzelarbeiter vereinbarten. Jetzt wurde in den Betrieben durch Anschlag bekanntgegeben, daß am 1. Januar auf

Grund der Notverordnung ein neuer, zehnprozentiger Lohnabbau in Kraft treten soll. Ein lächerlicher Lohnabbau soll also bei den Solinger Metallarbeitern durchgeföhrt werden! In der Belegschaftsversammlung des größten Solinger Metallbetriebes, J. V. Sendels (Zwillingwerk) herrschte unbeschreibliche Empörung. Stürmisch forderten die Kollegen die Einheitsfront aller Arbeiter gegen Lohnabbau und als der SPD-Osmann sich weigerte, einem Vertreter des roten Einheitsverbandes das Wort zu geben, beschloß die Versammlung mit Zweidrittel-Mehrheit, diesem trotzdem das Wort zu erteilen, worauf der Osmann den Vorsitz niederlegte.

Kommunikationskrieger unterlägt Gewerkschaftsleiter

Der Geschäftsführer des Bauwerksbundes, Justizrat Horschheim, Josef Hoffmann, der gleichzeitig Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins und sozialdemokratisches Mitglied des Bürgerausschusses ist, hat aus der Rolle des Bauwerksbundes 4400 Mark unterzogen. Die Unterzogenen wurden dadurch erndet, daß das Krankengeld eines Kollegen bereits abgehoben war, als dieser es ausgezahlt haben wollte.

Dieser erbärmliche Lump, der trotz seines hohen Gehaltes sich an den Großen der Bauproleten vergreift, der nicht einmal vor der Unterzogenen der Unterzogenen starker Kollegen halt machte, war einer der wildesten Kommunikationskrieger. Er war der begehrteste Vertreter der sozialdemokratischen Isolierungspolitik. Dieser Burche schloß Massenbewußte Gewerkschaftsmitglieder aus dem Verband aus, weil sie mit der Vertriebspolitik ihrer „Führer“ nicht einverstanden waren.

Eisenbahnerproteststreik in Gleiwitz

Gegen die Wagerelung des roten Betriebsratsvorsitzenden

In der Bahnhofserei 2. Gleis (Obergleis) ist die Belegschaft unter Führung des roten Betriebsrates sehr aktiv und reagiert auf alle Verschlechterungen durch Protestaktionen, die stets als leuchtendes Beispiel für die übrigen Dienststellen des Bezirkes gelten. Dem roten Betriebsrat ist es auch dort gelungen, durch Wahl eines Kampfausschusses, in dem sowohl treu-gewerkschaftlich organisierte, wie christliche und unorganisierte Kollegen vertreten sind, die proletarische Einheitsfront herzustellen. Am 17. Dezember maßregeln die Reichsbahndirektion den Vorsitzenden des Betriebsrates, indem sie ihn strittlos entließ. Sofort trat die ganze Bahnhofserei auf und beschloß einstimmig einen dreitägigen Proteststreik. Dieser Proteststreik wurde geschlossen durchgeföhrt.

Graßmanns Angst vor der AGD

Das bisherige verbriefte Recht der Tarifgültigkeit ist zertrümmert worden. Die Folge ist eine große politische Exilierung der Gewerkschaften.

„Die Laxe für das Eindringen der AGD in die Gewerkschaften sind weit geöffnet.“

So lautete Graßmann, der 2. Bundesvorsitzende des ADGB, in der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 14. Dezember. Das ist das Eingeständnis des Bankrotts der ADGB-Politik. Deshalb: hinein in die AGD, sie ist die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung des Proletariats!

Achtung! AGD-Bauarbeiter!

Am Sonnabend, dem 2. Januar, 20 Uhr, findet im Rest „Bayerische Krone“, am Neumarkt, eine Unterbestruktion der Bauarbeiter statt. Es ist Pflicht aller AGD-Bauarbeiter, an dieser Konferenz teilzunehmen. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch der AGD.

Internationale Wirtschaftskämpfe

Ungarn

Die Verwaltung der Karthütte in Neudorf hat am 18. Dezember die Belegschaft, die heute noch 1320 Arbeiter zählt, verhängt, daß sie am 4. Januar den Betrieb einstellt, und deshalb alle Arbeiter auf unbefristeten Urlaub schickt. Auch in den anderen Neudorfer Eisenwerken wurde bekanntgegeben, daß der Betrieb auf 14 Tage eingestellt wird. Dadurch werden weitere 1000 Arbeiter arbeitslos. Wenn auch der Betrieb neuerlich begonnen werden soll, so bestimmt nur mit einer beträchtlich verminderten Anzahl von Arbeitern.

England

In den Baumwollspinnereien der Firma Wolsey in Leicester, Coalville, Shepshed, Flednes und Kaili ist ein großer Kampf ausgebrochen, der 4000 Arbeiter umfaßt. Der Kampf begann in dem Coalville-Betrieb, als dort vor 14 Tagen die Arbeiter gegen die Einführung des Bedau-Systems in den Streik traten. Die Firma antwortete mit der Aussperrung aller in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter. Die Mehrheit der Streikenden sind junge Arbeiterinnen, die aktiv am Streikposten stehen teilnehmen.

Die Unternehmer der Baumwollindustrie erklären, daß sie nach Ablauf der laufenden Tarife, im neuen Jahr eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzunehmen beabsichtigen. Sonach die 48-Stunden-Woche wie auch die jetzigen Überlöhne seien unhalbar.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie macht zwar in Worten „Opposition“, lehnt aber jede Streikvorbereitung ab. Nur die Widerbewegung arbeitet an der Bildung von Kampfausschüssen, um die revolutionäre Arbeiterschaft für den bevorstehenden Kampf vorzubereiten.

Am 1. Januar sollen die Löhne der englischen Werftarbeiter um ein Drittel gekürzt werden. Obwohl die Arbeiter einen kämpferischen Geist zeigen, machen die Gewerkschaftsbürokraten keine Miene, einen Kampf zu führen, sondern ersuchen Deputationen zur Regierung, damit diese helfe, eine Regelung zu treffen.

Frankreich

Unter den Metallarbeitern der großen Automobilfabrik Renault bei Paris ist eine Streikbewegung ausgebrochen. Es verließen etwa 200 Werkzeugmacher ihre Arbeitsstellen, um gegen einen achtprozentigen Lohnabbau (zuerst wurde ein zehnprozentiger Lohnabbau gefordert) anzukämpfen.

Am anderen Morgen verließen die 200 Werkzeugmacher trotz der Polizeipatrouillen mit Gewalt in den Betrieb einzudringen, um auch die anderen Abteilungen zum Streik zu bewegen.

Die Streikenden haben einen Kampfausschuss gewählt. Renault, der eine längere Stilllegung seiner Betriebe angekündigt hatte, läßt jetzt mitteilen, daß der ganze Betrieb nur 2 Tage feiert wird. Dies ist ein erster Erfolg der Streikaktionen, die sich seit einem Monat abteilungsweise abspielen.

Die Metallarbeiter von St. Nazaire haben einen 24stündigen Demonstrationstreik gegen einen angebotenen Lohnabbau von 3 Frank pro Tag durchgeföhrt. Am Streik beteiligten sich 4800 Arbeiter. Der Kampfwille der Metallarbeiterchaft war so stark, daß die christlichen Führer der reformistischen Gewerkschaft die Führung der Bewegung an sich rissen, um nicht den Kontakt mit den Massen zu verlieren.

Belgien

Die reformistische Leitung der Metallarbeitergewerkschaft hat im letzten Augenblick ein groß angelegtes Mandat durchgeföhrt, indem sie verkündete, daß die Herabsetzung der Löhne der Mechaniker mit 50 700 gegen 44 500 Stimmen abgelehnt worden sei. Dieses Stimmenergebnis wird als das Ergebnis einer Urabstimmung bezeichnet, die niemals stattgefunden hat. Das Mandat wurde nur vorgenommen, um den Kampf der Arbeiter abzumildern. Nach dem Streik der Minero-Werke in Antwerpen sind zahlreiche Streiks in mehreren Betrieben in Genu ausgebrochen, die mehr als 3000 Arbeiter umfassen. Die reformistische Reichsleitung hat dabei das sogenannte Urabstimmungsergebnis perlied, um zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, wobei sie erwartet, daß inzwischen die Verhandlungen mit den Unternehmern zum Abschluß gelangen können.

In Genu ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Antwerpen dauert der Streik fort; in Borinoge haben sich die Arbeiter bereit erklärt, ihren Kollegen in Antwerpen zu folgen.

In den Betrieben herrscht große Unruhe. Die reformistische Führer hoffen, den Unternehmern helfen zu können, indem sie eine sogenannte Stabilisierung der herabgesetzten Löhne erzielen.

Indien

Der Streik der Textilarbeiter in Indore, Campore, Amritsar, Baroda, Kurl und Ahmedabad, die gegen eine Kürzung ihrer Löhne protestieren, wird mit unveränderter Beharrlichkeit fortgeföhrt. 100 000 Arbeiter stehen im Streik.

Gegen Sodbrennen
Magenbeschwerden



1-2
Tabletten

Bullrich-Salz



Tabletten
nur 0,25
100 grm
nur 0,30

Rund um den Erdball

Furchtbares Martyrium einer 17jährigen Bauerntochter

Wie ein Tier seit Jahren eingesperrt

Erschütterndes Sittenbild aus der „christlichsten Ecke Oesterreichs“

Wien, 28. Dezember. Der Wiener „Abend“ bringt die kaum glaubliche Meldung, daß bei einem Bauer in Bergbau, einem kleinen Dorf im hundertprozentig katholischen Waldviertel hinter einem Holzverschlag ein sechzehnjähriges Mädchen aufgefunden wurde, das vollkommen verdrückt und verlaust, ohne Kleider und Wäsche und über und über mit eigenem Kot bedeckt war. Die Unglückliche, die bei der Auffindung nur noch ganze 20 Kilogramm wog, ist von ihrem Vater, also dem Bauer seit vielen Jahren gefangen gehalten worden, weil sie als Schwachsinntige keine oder nur sehr wenig Arbeit leisten konnte.

Zu dieser barbarischen Schandtat eines im ganzen Waldbezirk als „frommer Christ“ angesehenen Großbauern, wird noch bekannt, daß die Auffindung des Mädchens einem puren Zufall zu verdanken ist. Der Ortsgendarm hatte nämlich bei dem Bauern eine Waffensuche vorgenommen, da er in den Verdacht der Wilddieberei gekommen war. Bei der Haus-suchung nun hörte der Gendarm hinter einem Bretterverschlag plötzlich ein sonderbares Geräusch. Als er in dieser Richtung vordringen wollte, verstellte ihm der Bauer den Weg: „Da hast nix z'suche, das geht dir nix an!“

Der Beamte ließ sich nicht abhalten, riß den Verschlag auf und fand folgendes entsetzliche Bild:

Auf einem Strohlager, welches mit menschlichem

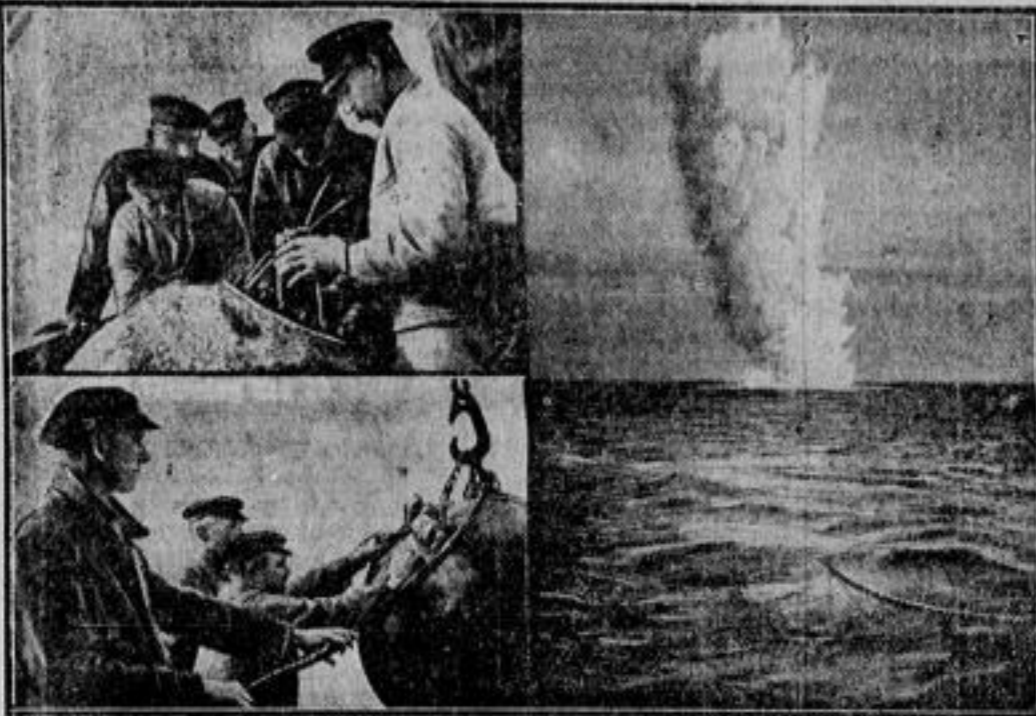
Kot bedeckt war, hockte ein zum Skelett abgemergertes menschliches Weibchen. Die Tochter des Bauern!

Das Mädchen war körperlich und geistig schwach entwickelt und als Arbeitskraft nicht verwendbar. Da machte der gut christliche Bauer vor vielen Jahren kurzen Prozeß. Er erzählte seinen Nachbarn: „Ich hab' des Mensch zu Bekannte geschickt und durtis gestorben...“

Jahr und Tag haufte das arme Kind hinter dem Bretterverschlag. Wie einem Stück Tier wurden der Armen Abfälle in den Verschlag hineingeworfen. Nie wurde sie gereinigt. Ihre Notdurft mußte sie auf dasselbe Strohbündel machen, auf welches ihr das Futter zum Fraß hingeworfen wurde. Die Sechzehnjährige wog bei ihrer Auffindung zwanzig Kilogramm! Das Mädel hatte das Gehen verlernt, kann die menschlichen Glieder nicht mehr gebrauchen. Hatte in der Zeit, als sie wie ein Stück Vieh gehalten wurde, verlernt, als Mensch zu Menschen zu reden.

Der Gendarmeriebeamte machte die Anzeige und der Amtsarzt veranlaßte die Ueberführung des bedauernswerten Weibchens in das Krankenhaus nach Hollabrunn.

Und dieses Verbrechen geschah in einer Gemeinde, die im ganzen Bezirk als die frommste gilt und zum Wahlkreis des christlich-sozialen Unterrichtsministers Czermal gehört, der ebenfalls bei jeder Gelegenheit betont, die christliche Kultur gegen den „alle Moral zerstörenden Bolschewismus“ schützen zu wollen.



Minen aus der Kriegszeit und ihre Vernichtung

Obwohl 13 Jahre nach Kriegsschluß die Minenfelder in der Nord- und Ostsee gründlich abgesucht sind, finden die Fischer in ihren Schleppnetzen doch noch häufig Minen. Diese werden dann gesammelt und von Zeit zu Zeit fährt ein besonders konstruierter Dampfer in See, um die Minen an einem außerhalb der Fahrstraße gelegenen Sprengplatz unschädlich zu machen. Unsere Aufnahmen zeigen (links) das Einsetzen neuer Sprengpatronen in die Minen und ihr Zuwasserlassen. Der Dampfer entfernt sich dann einige hundert Meter und mit einem Sprengkabel werden die Minen zur Explosion gebracht (rechts). Im Vordergrund rechts ist noch das Sprengkabel sichtbar.

Millionen für Rüstungen — Nichts für Seuchenbekämpfung

Hunger und Seuchen in Polen

Flecktyphusepidemie in zahlreichen Dörfern ausgebrochen

Wars, 28. Dezember. Nach dem Bericht der polnischen Zeitung „Socjda“ litten im Frühjahr dieses Jahres gewaltige Ueberschwemmungen das weisliche Weichselland (Polen) heim. Ganze Dörfer verschwanden. Tausende von Bauernhöfen wurden vollständig zerstört. Die faschistische Regierung Polens, die Millionen für die Kriegsvorbereitung ausgibt, hatte keinen Groschen

übrig, um den ruinierten Dorfarmen zu helfen. Eingestürzte Gebäude wurden nicht wieder hergestellt. Die Leute leben in Erdhöhlen. Infolge des Hungers und des gedrückten Zusammenlebens brechen unter der notleidenden Bevölkerung verschiedene Seuchen aus.

In den letzten Tagen brach im Disnauer Bezirk eine Flecktyphusepidemie aus, die zahlreiche Dörfer erfaßt hat. Von der Größe der Epidemie kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß selbst die faschistischen Behörden gezwungen waren, besondere Sanitätsabteilungen in die heimgesuchten Dörfer zu entsenden.



Das größte Pferd der Welt

In England hat man jetzt einen Riesengaul entdeckt, der erst drei Jahre alt ist und der wohl als das größte Pferd der Welt angesprochen werden kann.

Stuttgarter Brandruinen eingestürzt

Es glimmt immer noch

Stuttgart, 28. Dezember. Am Sonntag früh gegen 6 Uhr stürzten die Brandruinen des alten Schlosses unter großem Getöse ein. Nur die Außenmauern stehen noch. Der Reitausgang, der bisher unverletzt geblieben war, wurde teilweise aufgerissen, und auch die Decken im oberen Teil des Aufganges drohen einzustürzen. Immer noch steigt aus den Trümmern des Innenhofes Rauch hervor. Bei dem Schlauchwechsel in den Abendstunden des Sonntags zeigte sich deutlich, welche Gewalt das Feuer noch hat. Während einer Zeit von fünf Minuten konnte kein Wasser gegeben werden, da man die Schläuche auswechseln mußte. Gleich flogen wieder dicke Rauchschwaden empor und es dauerte längere Zeit, bis die Wehr die überall hervor-züngelnden Flammen eindämmen konnte.

„Illegal durch Italien“

Die „Rosen Weiber“, deren erstes Heftchen, Schokoladenform: „Mit Lenin in Sibirien“, unter Antikam gefunden hat, erscheinen jetzt unter neuen Decknamen: Heft 3, Dina Krasnawara: „Illegal durch Italien“; Heft 4, Soumendra Nath Tagore: „Republikanten“; Heft 5, (eine indische Erzählung). Als Heft 5 gibt der Propagandabüro Berlin, eine Kari-Kolportage-Veranstaltung, auf die wir schon jetzt aufmerksam machen.



Nach dem Brand in Stuttgart

Eine Aufnahme vom eingestürzten Teil der Südfront des Alten Schlosses mit der Schloßkapelle.

Vier Kinder verbrannt

Brandkatastrophe im Wohnwagen

Paris, 28. Dezember. In einem Wohnwagen in der Nähe von Colmar brach Sonntag abend infolge Ueberheizens des Ofens ein Feuer aus. Im Wagen schliefen fünf kleine Kinder, deren Eltern abwesend waren. Das Feuer dehnte sich mit solcher Geschwindigkeit auf den ganzen Wagen aus, daß es dem ältesten Kinde, einem zwölfjährigen Mädchen, nur mit Mühe gelang, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Ihre vier Geschwister im Alter von acht, sieben und fünf Jahren sowie ein Baby von fünf Monaten verbrannten. Ein zweijähriges Kind, das sich ebenfalls zufällig im Wagen aufhielt, erlitt so schwere Brandwunden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Eisenbahnkatastrophen in aller Welt

Drei Tote in Rom — Schwerverletzte in Paris und Stuttgart

Rom, 28. Dezember. Am Sonntag nachmittag entgleiste auf der Strecke Rom-Biterbo bei Nignano, etwa 38 Kilometer nördlich von Rom, ein Zug. Dabei wurden drei Personen getötet und etwa 20 verwundet. An die Unfallstelle sind sofort mehrere Sanitätsautos abgegangen.

Paris, 28. Dezember. In den späten Abendstunden des Sonntags wurde ein Personenzug bei der Einfahrt in den Pariser Ostbahnhof von einem rangierenden Güterzug gerammt, wobei vier Personenwagen aus den Schienen sprangen und zum Teil umfielen. Zwölf Reisende wurden mit inneren Verletzungen aus den schwer beschädigten Wagen gezogen und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Stuttgart, 28. Dezember. Im Laupheimer Bahnhof ist ein Personenzug aus Ulm bei der Einfahrt auf zwei Güterwagen gestoßen, die aus noch unbekannter Ursache ins Rollen geraten waren. Zehn Reisende erlitten bei dem Zusammenstoß zum Teil schwere Verletzungen. Beide Güterwagen wurden stark, die Lokomotive des Personenzuges leicht beschädigt.



Diese Welt gilt es zu verändern!

Aber... wie wird der Feind geschlagen? Nur durch Anwendung marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik. Also... lies und verbreite die führende Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus „Die Internationale“, herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. Jetzt nur noch 30 Pf., das Heft, im Postbezugs vierteljährlich 80 Pf.

Verantwortlich: Alfred Gendrich, Berlin

Sichel und Hammer

Dorf in Not! - Bauernhilfe!

Die einzige Rettung für Landarbeiter und schaffende Bauern
Was wollen die Kommunisten?

Seit der Veröffentlichung des Bauernhilfsprogramms der KPD (14./15. Mai 1931) hat sich die Lage der werktätigen Klassen auf dem Lande außerordentlich verschärft. Auch andere Parteien haben Programme; aber immer klarer wurde es den deutschen Kleinbauern: nur das wegweisende KPD-Programm kann durchgreifende Hilfe den Bauern bringen.

Diese Richtlinien, geboren aus einem tiefen Verständnis für die Not der schaffenden Bauern und getragen von einem festen Glauben an eine bessere Zukunft, stehen in einem traffen Gegensatz zu dem neuerdings veröffentlichten Wirtschafts- und Terrorprogramm der Nationalsozialisten. Hier wird die Hilfe den Schaffenden in jeder Form durch Geben und bei Ausplünderung und Tod den Schaffenden und Geliebten den Helfenden.

Wir verlangen Niederschlagung der Schuldenlasten!

Die Niederschlagung der Schulden (Hypotheken, Darlehen von Banken, Kündigungsleistungen, Raatliche Kredite für Bodenverbesserung usw.), der Klein- und Mittelbauern, Winzer und Kleinrentner in Höhe von 5 Milliarden Mark trifft das Finanzkapital und das mit Recht; denn trotz schwerster Arbeit im Kampf mit der Scholle verstanden es die Kapitalisten, eine riesigen Schuldenlast den Werktätigen aufzubürden. Die kleinen Pächter der Bauern beim Schmeid, Sattler, Stellmacher usw. sind jedoch zu regulieren, weil es selbst Werktätige auf dem Lande betrifft.

Weg mit dem Zins Tribut an das Finanzkapital!

Die Streichung der Schuldenzinsen der werktätigen Bauern von jährlich mindestens 500 Millionen Mark trifft die Banken und Geldwucherer und geschieht mit dem gleichen Recht, da die Aufhebung derselben durch die Bauern unmöglich ist. Bei der Senkung der Zinslasten durch die Diktatur wird nur der Großgrundbesitz berücksichtigt, weil die Behörden der Meinung sind, daß der Kleinbauer sich auch in dieser Hungerzeit durchschlagen - durchhungern - wird. Sie lassen ihn daher leer ausgehen.

Wir fordern Aufhebung der direkten Steuern für die Kleinbauern und Herabsetzung dieser Steuern für die Mittelbauern!

Die direkten Steuern der Kleinbauern (jährlich mindestens 150 Millionen Mark) stehen in gar keinem Verhältnis zu demjenigen der Großgrundbesitzer und trotzdem wird die Eintreibung mit einer unerbittlichen Brutalität durchgeführt. Die letzte Kuh und das letzte Schwein wird aus dem Stall gezerrt und der letzte Sad Korn vom Hofe geschleppt. Dieser Ausplünderung bis aufs Hemd muß ein Riegel vorgelegt werden.

Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!

Die indirekten Steuern in Höhe von 5 Milliarden Mark

jährlich belasten die Familien der Landarbeiter- und Bauernschaft ganz besonders, da diese meistens einen reichen Kinderlegen aufweisen. Die Aufhebung dieser Steuerbürde ist dringend notwendig.

Wir fordern die Aufhebung der Pachtlasten an die Großgrundbesitzer!

Mindestens 400 Millionen Mark jährlich an Pacht wird aus den Knochen der Kleinbauern gepreßt. Die Aufhebung dieser Last ist ein Gebot der Stunde, weil derjenige, der seinen Acker nicht bestellt, auch keinen Nutzen daraus ziehen braucht. Eine Pacht in Wiedetau, Kreis Liebenwerda, Provinz Sachsen, ergab eine zehnjährige Verzinsung des angeblich notwendigen, durch die Diktatur unterstützten Großgrundbesitzers.

Wir fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die Landarbeiter, Kleinbauern und Bauernsohne!

Die Aufteilung der 18 000 landwirtschaftlichen Großbetriebe und die Zurverfügungstellung der in ihrem Besitz befindlichen 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Nutzfläche an die Werktätigen des Dorfes, ist eine Schicksalsfrage des gesamten Volkes, denn weit über 500 000 Bauernfamilien finden dann Arbeit und Brot, die in Kollektivbetrieben zusammengefaßt, eine tiefe volkswirtschaftliche Kraft darstellen. Nur auf diesem Wege kann das Siebungswejen zum Nutzen der Allgemeinheit gelöst werden.

Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern und Bereitstellung der 2,5 Milliarden Mark Osthilfsmittel ausschließlich für die Werktätigen!

Die für die ostelbischen Junker, Großbauern und Bankherren bestimmte Riesensumme von 2,5 Milliarden Mark darf nur den Klein- und Mittelbauern bis 25 Hektar zugeführt werden und ferner zum Zwecke der Befriedung der 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche des Großgrundbesitzes Verwendung finden. Erhält der verschuldete Großgrundbesitzer nichts aus der Osthilfe, so geht er pleite und schafft Raum für die Neubesiedlungen. Jede Mark aber, die für den verrotteten Großgrundbesitz ausgegeben wird, verzögert dessen Zusammenbruch und macht die Siebung, wenn auch nicht unmöglich, so doch erschwert.

Wir fordern Aufhebung der volkswirtschaftlichen Zölle!

Die Getreidezölle verschärfen nur die Getreide anbauenden Großgrundbesitzer und verteuern die Futtermittel für die Klein- und Mittelbauern. Die Folge von diesen Zuckerzöllen ist die übermäßige Verteuerung des Brotes für den Städter und eine Verteuerung der Fleisch- und Milchproduktionen bei den Bauern.

Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsprogramms der KPD.

Die beispiellose Arbeitslosigkeit hat gepreßt wie in den Städten beschäftigten nachgeborenen Bauernsohne und -töchter auf die Straße gemorfen und lassen sie jetzt den armen Eltern im Dorfe zur Last, derweilen Straßen- und Wohnungsbesen, Fluchtregulierung und Meliorationen sowie Urbarmachung von Dehländ bringend ihrer Befriedigung harren. Durch die Zusammenstümpfung der Neubesiedlungen ist diesen arbeitsfrohen Menschen auch in dieser Richtung Arbeit und Brot verlagert.

Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend und Kleinrentner!

Den vollständigen Ruin der kleinen Bauernwirtschaften befeuert die Aufhebung der Unterstützung für die auf Nebenverdienst angewiesenen landarmen Kleinbauern. Infolge Landmangel und wucherischer Pachtlasten sind sie nicht in der Lage, auf eigener Scholle sich zu ernähren. Die Arbeitslosenunterstützung muß daher wieder, und zwar in ausreichender Höhe, zur Auszahlung gelangen.

Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauernschaft, Winzer und Fischer!

Der Lebensabend der schwer arbeitenden, auf Altemtill gefestigten Kleinbauern ist eine endlose Kette von Hunger und Verbitterung, denn die selbst in tiefster Not stehenden Kinder können kaum das farge Brot für die Eltern, ganz unmöglich aber die hohen Arzt- und Arzneikosten im Falle einer Erkrankung heranschaffen. Die Übernahme dieser Lasten durch den Staat entspricht einer einfachen menschlichen Pflicht.

Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrüben-Kontingentierungsverordnung vom 27. März 1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennrechtes der bäuerlichen Kleinrentner!

Während die Großgrundbesitzer in den meisten Fällen von Zuckerrübenkontingent in der alten Höhe ausführen konnten, wurde den Klein- und Mittelbauern, die schon immer unter Druck der Regierung und der Großagrarier gehalten wurden, eine Einschränkung von 30 bis 40 Prozent des Zuckerrübenbaues auferlegt. Die Rückgängigmachung dieses Gesetzes ist schleunigt durchzuführen.

Gegen jeden Planig Lohnabbau!

Die hohen Wellen des Lohnabbaues verschlingen Arbeiter und Angestellte, unterhöheln die Massenkonsumkraft um mindestens 8 Milliarden Mark jährlich und führen damit eine weitere Einschränkung des Arbeitsmarktes für Agrarprodukte von mindestens 40 Prozent herbei. Auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitern ist man dabei, den bereits geringen Lohn weiter zu beschneiden. Dießem Anfinnen muß mit allen denkbaren Mitteln entgegengetreten werden denn für die Solzen „Schlicht um Schlicht“ der feudalen Großgrundbesitzer wurden bedeutende Summen verschwendet, die sie glauben, durch Kürzungen der Löhne wieder bereinzuholen.

Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!

Rund 2 Milliarden jährlich betragen die durch den Vorkriegsverschuldeten Leistungen an das kapitalistische Ausland, deren Zahlung nicht aufgehoben, sondern endgültig aufgehoben werden muß. Die deutschen Kapitalisten haben bekanntlich ihre Vermögen in der Hauptsache nach dem Ausland in Sicherheit gebracht, und ist es eine glatte Unmöglichkeit, diese Riesensummen in erheblichem Maße aus den bereits schwer behürdeten Massen der Werktätigen in Stadt und Land herauszuschinden.

Die KPD war bisher die einzige Partei, die im Gegensatz vor allen Dingen zu den Nazis die schnelle Einstellung der Tributzahlungen forderte und sich für auch fernere mit allem Nachdruck dafür einsetzte.

Die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Nationalsozialisten, sind drauf und dran, mit Gewalt die Macht an sich zu reißen und ist ihnen jedes Mittel recht, dieses Ziel zu erreichen. Aber die unter der Führung der KPD und KSO, täglich breiter und tiefer werdende gewaltige Einheitsfront der Proletarier in der Stadt und auf dem Dorfe wird dem feindschaftlichen Versuch die Sterne bieten, um es aus der Reichsacht des Kapitals und von den übermütigen Kapitalisten zu befreien, das schreckliche Volk und damit Deutschland vor dem letzten Zusammenbruch zu bewahren.

Kein Mensch hungert!

Wo? - in der Sowjetunion
Der bürgerliche Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, Günther Stein, muß in einem Artikel „Haben in Moskau“, das ungeheure Tempo des Lebens in der roten Hauptstadt zugeben. Die Erklärung dafür: ... kaum jemand bleibt zu Hause, es gibt tatsächlich keine Arbeitslosigkeit und - jeder kann Beköstigung finden.

Das Märchen über den „Hunger in der Sowjetunion“ muß Günther Stein mit folgenden Worten widerlegen: „Ein sehr aufmerksamer ausländischer Beobachter, der dauernd in Moskau wohnt, sagte mir: „Es gibt heute wohl in Rußland keinen Menschen mehr, der hungert!“
Das ist natürlich, denn es ist ja ein sozialistischer Staat.

Winterhilfe - das ist ein Geschäft!

Von der Winterhilfe Düsseldorf erhielt ein angesehener (1) Erwerbsloser einen Paket zum „Wohlfahrtspreis“ von 8 Mark. Zufällig befand sich in der Tasche des Paketes der Name des Spenders. Der Arbeiter suchte den Spender auf und sagte ihm, daß dieser der Winterhilfe den Mantel geschenkt hatte.

Unhaltbare Besitzverteilung in Deutschland



Bauer erwache!

Jeder Werktätige liest das Werk von Remmele:

„DIE SOWJETUNION“ Zu beziehen durch den Litvertrieb Dresden, Rosenstraße 76

Mandatsräuber in der „Bulgaria“

Frau Klinger als Büffel der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gegen RGD-Mitglieder

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie diesen Arbeitern noch bekannt sein wird, wurde vor nicht allzu langer Zeit der rote Betriebsrat der Zigarettenfabrik Bulgaria, Walter Haak, entlassen — jagen wir, weil er zu eifriger Anhänger der RGD war.

Die Prüfendenhaber, Doppeldienere und Gewerkschaftsbönges des Tabakarbeiterverbandes vom Schlage der Domener, Stölze & Co witterten Morgenluft und lauden — eine neue Weggefährtin. Diese, Frau Klinger, ersichlich sich bei den letzten Betriebsratswahlen ein RGD-Mandat.

Zu feig, nach der Entlassung des Kollegen Haak gegen den reformistischen Kurs zu kämpfen, machte sie die Politik der Sozialdemokraten Goldbach & Co. zunächst still und leise mit, verscherte dann reumütig und unter Tränen in einer RGD-Bersammlung, daß sie zur RGD stehe und — fiel am nächsten Tag wieder um.

Heute preßt diese „aufrechte“ Proletarierin diejenigen Kolleginnen, die sich einschüchtern lassen, wieder in den Verband. Und zwar mit einer Drohung, die immer noch gezogen hat: „Wer nicht im Verband ist, wird zuerst entlassen!“

Täglich steht auch in der Bulgaria die Frage neuer Entlassungen. Neuer Entlassungen! Das muß hier betont werden! Aber, Kollegen und Kolleginnen der Bulgaria, überlegt euch doch selbst: auch wenn die Belegschaft der Bulgaria zu 100 Prozent bei dem Domener-Verband organisiert wäre, so würde das noch nicht dafür garantieren, daß keine Entlassungen vorgenommen werden. Denn zu der einzig wirksamen Antwort: Kampf gegen die Entlassungen, wollen und

können sich die mit den Kapitalisten verbundenen reformistischen Gewerkschaftsführer nicht aufpassen.

Das Rezept der Frau Klinger stellt aber nicht nur eine große Täuschung der Arbeiterinnen dar, sondern ist weiterhin ein Beweis, daß die „Kommunisten“, die zu den Bönges zurückkehren, niemals Kommunisten gewesen sind, und von der Notwendigkeit klarer Klassenpolitik nichts begriffen haben.

Schon seit langem fordert die RPD von ihren Anhängern:

Denen! Das galt nicht für Frau Klinger, welche folgendes vertrat: „Warum den Gewerkschaftsbeitrag bezahlen? Ich auch lieber ein Stück Butter dafür!“ Heute kann sie sich natürlich „nicht mehr bestimmen“, Entlassungswelle.

Die kommunistische Partei und die RGD lauern den einschüchtern! Unterschreibt keinen Kevers! Klaut nicht, marke vor dem Wurf auf die Straße, vor der Entlassung kann! Vertraut vielmehr eurer eigenen Kraft! Eure einzige kampfgewillte Front vermag mit der Aussicht auf die Vorteile des Zigarettenkapitals abzumachen!

Unser Neujahrs-Angebot

Gemüsekonserven

Erbsen	0,72, 0,52, 0,45
Karotten, geschnitten	0,45, 0,28
Erbsen mit Karotten ..	1,50, 0,85, 0,80, 0,45
Leipzig, Allerlei	1,30, 1,00, 0,85, 0,75, 0,60, 0,52

Obstkonserven

Apfelsmus	0,82, 0,50
Aprikosen	2,00, 1,08
Birnen	1,40, 0,80
Erdbeeren	1,55, 0,95
Heidelbeeren	1,00, 0,60
Kirschen	1,35, 0,75

Pflaumen mit Stein	1,00, 0,82, 0,50
Gemischte Früchte	1,35

Preiselbeeren

Preiselbeeren	Pfund 0,50
---------------------	-------------------

Getrocknete Früchte

Aprikosen	Pfund 0,80
Pflaumen	Pfund 0,55 u. 0,38
Ringäpfel	Pfund 0,70
Mischobst	Pfund 0,70 u. 0,48

Puddingpulver

Puddingpulver	0,16, 0,10, 0,08
---------------------	-------------------------

Frischgemüse und Frischobst

in reicher Auswahl zu mäßigen Tagespreisen

Tafeläpfel	Pfund 0,25, 0,16, 0,12
Amerikaner	Pfund 0,44
Apfelsinen	Pfund 0,20, Stück 0,08
Mandarinen	Pfund 0,24
Java-Apfelsinen	Stück 0,12
Walnüsse	Pfund 0,40
Haselnüsse	Pfund 0,55

Paranüsse	Pfund 0,50
Kokosnüsse	Stück 0,25
Hallowee-Datteln	Schachtel 0,60
Fathé-Feigen	Schachtel 0,48
Kranzfeigen	Pfund 0,34
Feigen, lose	Pfund 0,40
Datteln, lose	Pfund 0,50

Lebkuchen, Pfefferkuchen, Schokoladen, Persipan

in großer Auswahl zu mäßigen Preisen

Kaffee aus der eigenen Rösterei	1/4 Pfd. 1,15, 1,05, 1,00, 0,90, 0,75, 0,65, 0,50
GEG-Vita, coffeinfrei, 200 g	1,50, 100 g 0,78
Kaffeesahne u. Schlagsahne in Flaschen auf Bestellung	
Kondensierte Milch	0,70, 0,55, 0,48, 0,28, 0,24

Tee schwarz., 0,85, 0,75, 0,65, 0,40, 0,35, **0,30**

Flaschenbiere, Sauerbrunnen, Selterswasser, Limonaden

Weine	
Obstweine	1,20, 1,00, 0,90, 0,60
Rotweine	2,50, 2,10, 1,50, 0,60
Weißweine	2,25, 2,00, 1,50, 1,45, 1,40, 1,30, 1,20
Süßweine ..	2,50, 2,25, 1,60, 1,40, 1,15, 1,00

Spirituosen	
Arrak	6,25, 4,10, 3,40, 2,30
Rum	13,50, 7,00, 5,70, 3,85, 3,20, 2,10, 1,65
Weinbrand ..	7,00, 5,50, 4,50, 3,80, 3,00, 2,40
Weinbrand-Verschnitt	3,50, 2,15
Hamburger Korn	3,40 und 2,00
Hamburger Doppelkummel ..	3,20 und 1,80
Steinhäger	5,80 und 3,20
Stonsdorfer	4,50 und 2,50
Nordhäuser	3,40
Alter Korn, Bramsch	5,40 und 2,80
Getreide-Kummel	5,80 und 3,00
GEG-Magenbitter	3,90 und 2,10

Liköre Cherry-Brandy, Curaçao, Danziger Goldwasser, Halb- und-Halb, Ingwer, Kloster, Kümmel, Pfefferminz, Rosen, Vanille und Eier-Likör	je 3,30
Eier-Likör	1/4 Liter 6,25
Boonekamp	1/4 Liter 3,80

Fleisch und Wurst	
Wiener Würstchen	Paar 0,20
Altdeutsche	Paar 0,35
Bockwürste	Stück 0,30
Frischwurst und Hartwurst in großer Auswahl aufschnitt	1/4 Pfund 0,50, 0,45, 0,40
Nußschinken (ohne Fettschwarte) Pfund	2,20
Lachsschinken	Pfund 2,30
Fleischsalat	1/4 Pfund 0,30

Lachs i. Oel (Lachsersatz)	5,00, 3,00, 0,65, 0,50
Oelsardinen	2,60, 1,20, 0,70, 0,50, 0,22
Rollmops in Essig	0,95, 0,55
Rollmops in Remoulade	1,30, 0,95
Sardinen (Kronen)	0,95, 0,55
Sardellen	Pfund 1,00
Gewürz Gurken, Senf-, Pfeffer- und saure Gurken	
Kapern in Röhren, Senf	

Fisch	
Anchovis im Glas	300 Gramm 0,70
Bismarck-Heringe in Remoulade ..	1,45, 0,95
Bismarck-Heringe in Essig	0,95, 0,55
Bratheringe	0,70, 0,55
Bratrollmops	0,95, 0,55
Hering in Gelee	Liter 0,90, Portion 0,15
Hering, mariniert	Stück 0,20

Käse	
Edamer	1/4 Pfund 0,20
Emmentaler	125-Gramm-Stück 0,45
Limburger	1/4 Pfund 0,16
Schweizerkäse	1/4 Pfund 0,45, 0,32
Tilsiter	1/4 Pfund 0,32
Brickkäse, Kümmelkäse, Stangenkäse in großer Auswahl, schmackhaft und preiswert	von 0,42 bis 0,03

Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Angestellten-Versicherung

Für die Zeit vom 1. Januar 1926 an ist es zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlich, daß jeder Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahre seiner Versicherung jährlich mindestens acht, vom 12. Kalenderjahre an jährlich mindestens vier Beitragsmonate nachweist. Die Anwartschaft erlischt zunächst, wenn diese Mindestzahl nicht erreicht wird. Sie lebt aber wieder auf, wenn der Versicherte die erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachentrichtet, die dem Kalenderjahr der Fälligkeit folgen. Es können also die etwa noch erforderlichen Beiträge für das Jahr 1929 noch bis zum 31. Dezember 1931 nachentrichtet werden.

Der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Angestelltenversicherung sieht allerdings vor, daß alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1929 als aufrechterhalten gelten sollen, auch wenn in einzelnen Jahren zu wenig Beiträge oder keine Beiträge entrichtet wurden. Da aber noch ungemüß ist, ob und in welcher Form dieser Entwurf Gesetz wird, empfiehlt es sich, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge bis zum Schlusse des Jahres 1931 nachzuentsrichten, denn nach Eintritt des Versicherungsfalles ist die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge regelmäßig unzulässig. Die freiwilligen Beiträge werden nicht zurückgezahlt, auch wenn sie wegen einer etwaigen späteren Gesetzesänderung nicht notwendig gemeldet wären.

Freiwillige Beiträge sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Klasse B zu entrichten. In Klasse B können Beiträge nur von solchen Versicherten geleistet werden, die ohne Einkommen sind oder deren Einkommen im Monat den Betrag von 100 Mark nicht übersteigt.

Für Empfänger von VIII und VIII hat das zuständige Arbeitsamt auf Antrag die erforderlichen Marken zu stellen. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger tun gut, diesen Antrag gleichfalls beim zuständigen Wohlfahrtsamt einzureichen.

Die Gammelergebnisse zum Volksbegehren

Bisher wurden quittiert:	9554,78 Mark
Dautz	11,50 Mark
Dommakisch	20,— Mark
Froschburg	11,50 Mark
Dittelsdorf	7,20 Mark
Ortmannsberg	14,43 Mark
Rammenau	13,22 Mark
Hänichen	12,87 Mark
Gittersee	10,— Mark
Leipzig 2	13,97 Mark
	9969,47 Mark

Amstlicher Wintersport-Bericht

Amstlicher Wintersport-Wetterbericht vom 29. Dezember:

Schneefall: —2, Regen, Südwest 1. Ultenberg: —1, wolfig, Wind 1, 6 Zentimeter, Neulänge 4, Pulverschnee, Sport möglich. Zinnwald: —2, bedeckt, Wind 1, 13 Zentimeter, Neulänge 3, Pulverschnee, Sport gut. Rappahausen: —1, bedeckt, Wind 2, 1 Zentimeter, Neulänge 1, Pulverschnee, Schneedecke durchbrochen, kein Sport. Dierbachsburg: —1, Schneefall, Wind 1, 1 Zentimeter, Pulverschnee, Schneedecke durchbrochen, kein Sport. Kieselberg: —1, Schneefall, Nordwest 1, 2 Zentimeter, Pulverschnee, St. und Nebel auf Waldwegen möglich. Hermannsdorf: —1, Schneefall, Wind 2, 13 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, Sport gut. Frauenstein: 0 bedeckt, Wind 2, 2 Zentimeter, Neulänge 1, Pulverschnee, kein Sport. Gatzel: —2, bedeckt, Nord 2, 8 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, Schneedecke teilweise durchbrochen, St. und Nebel auf Waldwegen möglich. Hirtels: —2, wolfig, Wind 2, 10 Zentimeter, Neulänge 3-5, verweht, Sport gut. Jähbeck: —2, wolfig, Nordwest 2, 10 Zentimeter, Neulänge 3, Pulverschnee, Sport gut. Oberlindenberg: —1, Schneefall, Nordwest 2, 4 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, verweht, Sport gut. Hirtelsberg: —4, Schneefall, Nordwest 2, 24 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, Sport möglich. Jahngegend: —1, Schneefall, Wind 1, 18 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, Sport möglich. Hirsberg: —2, Schneefall, Nordwest 1, 23 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, Sport gut. Karsels: —2, bedeckt, Nordwest 2, 21 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, verweht, Sport möglich. Gatzel: 0, Schneefall, Wind 2, 28 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, Sport gut. Klingenthal: —3, Schneefall, Südwest 2, 30 Zentimeter, Neulänge 3-5, Pulverschnee, verweht, Sport gut.

Witterungsprognosen: Deutlich Frost, vorwiegend bedeckt und stillig neblig, leichter Schneefall, lebhafteste Ostwindbewegung.

Inserate in der Arbeiterstimme

Am 25. Dezember 1931 verschied unerwartet infolge Herzschlag unser Genosse

Willy Starke

Wir verlieren in ihm einen tüchtigen Genossen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 28.12.31, 17 Uhr, im Volkswirer Krematorium statt.

KPD, Verwaltungsbezirk Striesen
Straßenzeile Bulgaria

Achtung!

Sichere Existenz im Hause!

Gesucht

werd. abrl. Pers. zw. Erlebt. einer **Maschinen-Heilmotorkerei.**

Gehoben wird lauf. Beschäftigt. Wir uns zu hohen Preisen. Rik. u. Verknüpfung nicht erforderlich. Verlang. Sie soll. Gratianskunft.

Fr. J. Karsten & Co.
Wils-Hausstr. 337

KONSUMVEREIN Abgabe nur an Mitglieder

VORWÄRTS